Die neuere Entwicklung der sozialen Fragen

Von

Prof. Dr. Karl Kumpmann, Düsseldorf.

Tübingen
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1919.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.

331
K961m

JAN 28 22 Angell

Vorwort.

Wie meine vor kurzem im gleichen Verlag erschienene Arbeit: „Die Bedeutung der Revolution" geht auch die vorliegende Broschüre auf Vorträge zurück, die ich in politischen Ausbildungskursen gehalten habe. Abschnitt I sucht diejenigen geschichtlichen Tatsachen plastisch herauszuheben, denen ich epochemachende Bedeutung beimesse. Abschnitt II erstrebt eine kurze theoretische Grundlegung. Abschnitt III beleuchtet die praktisch wichtigste Frage unserer Zeit, die Arbeitslosigkeit, teilweise im Anschluß an mein 1913 erschienenes Buch: „Die Reichsarbeitslosenversicherung", Verlag: J. C. B. Mohr, Tübingen.

Düsseldorf, im April 1919.

K. Kumpmann.

Commerce 2121 Bt 37

P 44276

I. Zur Geschichte.

Wenn man die Entwicklung der sozialen Frage im ganzen, von dem Altertum und dem Mittelalter bis zur Gegenwart, übersieht, so ergibt sich für sie eine ganze natürliche und unwillkürliche Einteilung, indem man die neuere und neueste Zeit vom Ende des 18. Jahrhunderts ab aller Vorzeit gegenüberstellt. Auch in den früheren Jahrhunderten gab es Volksschichten, deren Lebenslage unbefriedigend war, zu Klagen, Reformbestrebungen und allerlei Versuchen einer sozialen Hilfe geführt hat, aber an der Schwelle des 19. Jahrhunderts gewinnen diese sozialen Fragen eine ganz andere Bedeutung: neue große Klassen entstehen, die sich in stetem Elend befinden, die Rufe nach sozialen Reformen steigern sich zu unerhörter Dringlichkeit und endlich setzen Hilfsaktionen von nie gekanntem Umfang ein. Diese ganzen Zusammenhänge muß man stets im Auge behalten, auch wenn man die soziale Lage und die sozialen Probleme der Gegenwart erkennen und beurteilen will.

Die sozialen Fragen irgend eines Zeitalters lassen sich immer nur dann zutreffend würdigen, wenn man das Wirtschaftssystem und die Wirtschaftsstufe des betreffenden Landes kennt; auch die moderne Sozialgeschichte ist so nur ein notwendiges Ergebnis der großartigen weltgeschicht-

lichen Wirtschaftswandlungen der letzten Jahrhunderte. Seit dem 18. Jahrhundert sind die Kulturländer in das Zeitalter des Hochkapitalismus eingetreten und haben damit vollkommen neue Grundlagen gelegt, nicht bloß für das wirtschaftliche, sondern auch für das soziale und sogar für das gesamte kulturelle Dasein der Menschheit, für Religion und Philosophie, für Kunst und Wissenschaft, für Gesellschaftsleben und Sittlichkeit. Gehen wir zunächst zur Entstehung dieser kapitalistischen Wirtschaftsweise zurück, suchen wir ihren Ursprung zu erkennen, so ist es für die ersten Jahrzehnte der neuen Zeit noch nicht allzuschwer, das Wesen, das eigentlich Neue unseres Zeitalters zu erfassen. Man sieht dann, daß die Elemente des modernen Kapitalismus durch die moderne Technik geschaffen worden sind. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kommt diese neue Technik zum Durchbruch, und ihr folgen alle die anderen Umwälzungen. Wenn man nun wieder die technische Revolution auf ihre Prinzipien zurückführt, so wären da zwei gewaltige, eng miteinander verbundene Fortschritte zu nennen, die moderne Arbeitsteilung und das moderne Maschinenwesen.

Die Arbeitsteilung — das versteht sich von selbst — spielte auch schon im Mittelalter und im Altertum eine große Rolle, sie ist so alt wie die menschliche Wirtschaft. Schon in grauer Vorzeit gab es eine Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, sehr bald auch zwischen den verschiedenen Gewerben: Landwirtschaft, Handwerk, Handel usw., und diese berufliche Differenzierung hat dann zu immer weiteren Verzweigungen und Verästelungen geführt. Die

moderne Arbeitsteilung, die man als die technische bezeichnen kann, brachte insofern etwas Neues, als nun die einzelnen Handwerke technisch aufgelöst, die einzelnen Arbeiten in viele Teilprozesse zerlegt und an eine ganze Anzahl, eine wachsende Zahl von Arbeitern vergeben wurden. Aus der Werkstätte des Handwerkers wurde die „Fabrik", der große arbeitsteilige Betrieb, wo zunächst oft noch ohne Maschinen gearbeitet wurde. Kennzeichnend für die Fabrik war und ist also, daß hier der Rock, der Schuh, die Nadel, das Buch und so fort nicht mehr von einem oder wenigen, sondern von vielen, oft Hunderten von Arbeitern gemeinsam hergestellt wurden. Daraus ergaben sich nun ungeheure Vorteile für die Ertragsfähigkeit der neuen Unternehmungsform. Vermieden wurden unzählige überflüssige Handgriffe, mit maschinenmäßiger Regelmäßigkeit führte der Arbeiter seine Arbeit aus. So wurde eine Unsumme von Arbeiten gespart, der einzelne Arbeiter bis zur Virtuosität geschult und eine rationelle Durchbildung des Arbeitsprozesses nahegelegt. So entstanden um die Mitte des 18. Jahrhunderts in England schon manche Fabriken auf der Basis dieser technischen Arbeitsteilung. Seit den 60er, 70er Jahren kam dann das moderne Maschinenwesen hinzu, das bald Technik und Wirtschaftsleben völlig revolutionieren sollte. Natürlich gab es auch Maschinen einfacher Art im Altertum, aber erst jetzt wurden sie der beherrschende Faktor in Gütererzeugung und Güterumlauf. Ende des 18. Jahrhunderts waren die Maschinen freilich noch sehr primitiv. Drei Arten von Maschinen wurden nacheinander der Wirtschaft dienstbar gemacht und in den

späteren Jahrzehnten in großartiger Weise vervollkommnet. Es waren das zunächst die Arbeitsmaschinen, deren Aufgabe es war, im Anschluß an die Arbeitsteilung die Teilprozesse der Produktion zu übernehmen, die Geschicklichkeit des Handwerkers durch mechanische Mittel zu ersetzen. Hinzu kamen sodann seit den 70er Jahren die Kraftmaschinen, die den Zweck hatten, die Muskelkraft von Mensch und Tier oder auch die nutzbare Energie der Naturkräfte, des Windes und des Wassers, zu ersetzen durch den Dampf (und später die Elektrizität). Nach einigen Jahrzehnten, zu Anfang des 19. Jahrhunderts, folgten noch die Transportmaschinen, die also den Verkehr neu gestalten sollten: Dampfschiffe, Eisenbahnen, Telegraph, Telephon usw.

Ausgegangen sind alle diese Errungenschaften — wie angedeutet — von dem am weitesten fortgeschrittenen Lande, von England. England konnte fast bis zum Ende des letzten Jahrhunderts mit Recht von sich rühmen, daß es die Werkstatt der Welt (workshop of the world) sei. Hier erwuchs, gefördert durch die neuen Arbeitsmaschinen die moderne Textilindustrie, auf die Kraftmaschinen gestützt der Kohlen- und Eisenbergbau, und ermöglicht durch die neuzeitlichen Transportmaschinen ein weltbeherrschender Land- und Seeverkehr. Im 19. Jahrhundert schlossen sich diesem kapitalistischen System alle anderen Kulturnationen an, das volkswirtschaftliche Leben erblühte überall in ungeahnter Weise, im selben Maße stieg der Reichtum, die Länder- und Erdteile rückten gleichsam zusammen, Weltverkehr, Welthandel, Weltwirtschaft bildeten sich aus, überall siegte also *der moderne Kapitalismus*, dessen Wesen

bestimmt wird durch die umfassende Verwendung von Maschinen aller Art. Die sachlichen Hilfsmittel der Wirtschaft — das „Kapital" — wurden ein höchst bedeutsamer Faktor, der die menschlichen Arbeitskräfte verdrängt und entlastet. Im Zusammenwirken von Mensch und Kapital gewinnen die toten Produktionsmittel zunehmend die Oberhand.

Der eben angedeuteten allgemeinen Entwicklung entsprach auch die besondere in Deutschland, worauf im folgenden vor allem Rücksicht genommen wird. In unserem armen, politisch und wirtschaftlich so rückständigen Vaterlande beginnt ein wunderbarer Aufschwung erst von den 30er Jahren ab. Jetzt treten alle die guten Gaben des deutschen Volkes: Fleiß, Schulung, Wissenschaftlichkeit, Disziplin, Organisationsbegabung, Ehrlichkeit, Treue in den Dienst der wirtschaftlichen Ideale. Um 1870 war der moderne Ausbau der deutschen Volkswirtschaft prinzipiell beendet. Mit den siegreichen Jahren 1870/71 trat das deutsche Wirtschaftsleben, gestützt auf eine politische Großmacht ersten Ranges in die eigentliche Weltwirtschaft ein, versandte an alle Welt besonders hochwertige Industrieprodukte, empfing von aller Welt besonders Industrierohstoffe, Nahrungs- und Futtermittel. —

Betrachtet nun man die F o l g e n dieser kapitalistischen Entfaltung, so waren sie doppelter Art. Sie bestanden in einer grundlegenden sowohl wirtschaftlichen wie sozialen Umgruppierung.

Innerhalb der Volkswirtschaft fand eine tiefgehende Umschichtung insofern statt, als die alten Erwerbsstände, die bis dahin fast überall und zu allen Zeiten das nationale

Leben getragen und erhalten hatten: Landwirtschaft und Handwerk durch die neudeutschen Gewerbegruppen in den Hintergrund gedrängt wurden. Die Kapitalisierung der Wirtschaft bedeutete zugleich die Industrialisierung, hervor traten jetzt mit unwiderstehlicher Gewalt die neuen Gewerbe- und Handelsformen. Genauer gesprochen beobachtete man also einerseits ein Zurücktreten der Landwirtschaft, die der Kapitalisierung wenig zugänglich war und zudem später durch die Folgen des neuen Verkehrswesens: Verbilligung aller Frachttarife und Einfuhr von agrarischen Massengütern aus fernen Ländern (Rußland, Nord- und Südamerika) etwa seit 1875 schwere Einbußen erlitt. Innerhalb der siegreichen Gruppen Industrie und Handel andererseits zeigte sich der Niedergang der alten Unternehmungsformen, nämlich der mittleren und kleineren Betriebe, die Ueberlegenheit des Großbetriebes, der die Errungenschaften des Kapitalismus am besten ausnutzen konnte. Namentlich das Handwerk, auch Heimarbeit und Kleinhandel verschwinden zum Teil von der Bildfläche, sie scheinen zunächst einfach zum Untergang bestimmt zu sein, doch zeigt sich später, daß sie in gewissen engen Grenzen dauernd lebensfähig bleiben.

Und mit diesen wirtschaftlichen Umwälzungen sind nun auch die größten sozialen Veränderungen verknüpft. Auf sozialem Gebiet zeigt sich gleichfalls ein Aufstieg hier, ein Niedergang dort. Vergleichen wir das soziale Klassenverhältnis mit einer Pyramide, so bildeten in der vorkapitalistischen Zeit, vom Mittelalter her bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, die Basis der Bauernstand auf dem

Lande, die Handwerker und kleinen Kaufleute in der Stadt, darüber erhoben sich, als Oberschicht, der grundbesitzende Adel, der Klerus, einige wenige große Industrielle und Kaufleute und endlich das Offizierkorps und das höhere Beamtentum. Im kapitalistischen Staat traten an die Spitze als die wirklichen Herren unseres Zeitalters Großindustrielle und Großkaufleute, das moderne Unternehmertum, das in manchen seiner Vertreter zu märchenhaftem Reichtum, zu einer nie gekannten prunkvollen Lebenshaltung, zu wirtschaftlicher und politischer Macht gelangte, bewundert, beneidet und gehaßt wurde. Daneben eine kleine Zahl von Großgrundbesitzern, sowie die führenden Vertreter des Verwaltungsorganismus und des Militarismus. Unter dieser Oberschicht der Mittelstand, gebildet aus Landwirten, kleinen und mittleren Kaufleuten und Handwerkern; neben diesen der neue Mittelstand, das heißt die höheren kaufmännischen und technischen Angestellten der größeren Betriebe, die sogenannten Privatangestellten, eine sehr stark wachsende Schicht sowie die gleichfalls sehr beträchtliche, zunehmende mittlere und kleinere Beamtenschaft. Endlich ganz unten stellte nun die Grundlage der Pyramide die Arbeiterschaft dar, die Landarbeiter und, bald erheblich wichtiger, die jungen Industriearbeiter, das „Proletariat" im engeren Sinne des Wortes. Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts betraf nun das Verhältnis von Unternehmern und Arbeitern in der Industrie. Die Lebenslage des Industrieproletariats interessierte alle Sozialpolitiker zunächst ausschließlich, erst

gegen Ende des 19. Jahrhunderts richtete man auch auf andere Klassen, z. B. die Privatangestellten, das Augenmerk. Entstehung und Geschichte der Industriearbeiterschaft müssen daher zunächst in kurzer Uebersicht vorgeführt werden.

Industriearbeiter oder Leute, die unter ähnlichen Bedingungen lebten, gab es in allen früheren Jahrhunderten so gut wie gar nicht. Als nun die neue Technik aufkam und die moderne Industrie emporwuchs, da mußten in wenigen Jahrzehnten gewaltige Massen, Hunderttausende und Millionen von Menschen in den Dienst des Kapitalismus gestellt werden, wie denn z. B. im heutigen Deutschland mehr als die Hälfte des ganzen Volkes zu diesem Proletariat zu rechnen wäre. Man könnte nun denken, daß die Rekrutierung dieser Massen große Mühe bereitet hätte — woher nahm man diese Menschenmenge? — in Wahrheit standen sie bald überreichlich der Industrie zu Gebote. Sie strömten zusammen aus Kleinhandel und Handwerk, wo viele Kaufleute, Meister und Gesellen sich nicht mehr halten konnten und nun hinabsanken ins Proletariat, ferner aus der Landwirtschaft, die in Preußen-Deutschland seit der Bauernbefreiung Menschen in Massen, Bauern, Taglöhner und Gesinde, an die Industrie und die jungen Städte abgab, es begann der gewaltige Prozeß der Landflucht; endlich strömten zur Industrie alle Deklassierten: wer immer durch Schuld oder Unglück sich in irgend einem Stande nicht halten konnte, der sank eben hinab und gelangte in das große Sammelbecken des Proletariats.

Die Lebensbedingungen dieser Klasse müssen wir nun etwas genauer studieren. Da stoßen uns zunächst zwei

ganz neue Tatsachen auf, die das Arbeitsleben in entscheidender Weise bestimmen mußten und noch bestimmen: 1. die Entfernung der Arbeiter vom Unternehmer, 2. das Wachstum der Arbeitslosigkeit.

Unternehmer und Arbeiter standen bis dahin in aller Regel räumlich wie seelisch beieinander. Man denke etwa an das äußere und innere Leben der Handwerksmeister, Gesellen und Lehrlinge. Sie alle waren oft in vielen Generationen verbunden durch persönliche Beziehungen, durch die Heiratsgemeinschaft, man verkehrte und fühlte miteinander, arbeitete zusammen und half sich gegenseitig. In der jungen Industrie dagegen standen viele Arbeiter, oft Hunderte oder gar Tausende, einem Unternehmer gegenüber, der die einzelnen kaum kannte, sie als ersetzbare Ziffern betrachtete. Die Arbeitskräfte wurden ihm zum „Arbeitsmaterial", über das er ebenso kalkulierte wie über Rohstoffe und Maschinen. Nach Herkunft, Stellung, Berufstätigkeit, Lebenshaltung, Ansichten lag jetzt eine ganze Welt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Allenthalben griff Platz der Geist der Rationalisierung, der Rechenhaftigkeit, der höchsten technischen Ausnutzung, der sich auch auf die arbeitenden Menschen mit erstreckte. Das innere Verhältnis des modernen Unternehmers zu seinem Betrieb wurde unpersönlich, man hat es, mit einem glücklichen Ausdruck, als objektiviertes Gewinnstreben bezeichnet. Auch der alte Handwerker strebte nach Gewinn, aber doch nur soweit es zur Erhaltung und Sicherung seiner und seiner Familie Existenz erforderlich war; ihm schwebte das

Ideal eines angemessenen, standesgemäßen, geachteten Bürgerlebens vor. War dieses Ziel erreicht, dann ließ mindestens sein Streben nach Gewinn nach, vielleicht setzte sich nun der Meister zur Ruhe und übergab seinem Sohne oder Schwiegersohne den Betrieb. Auch die Zunftordnung sorgte übrigens dafür, daß kein Meister verelendete und keiner zu groß wurde. Im kapitalistischen Staat wurde das alles ganz anders. Da trat an die Stelle des bisher subjektiven ein objektives Gewinnstreben. Ohne Schranken, ohne innere oder äußere Begrenzung strebt der moderne Unternehmer danach, sein Werk zu vergrößern, seinen Reichtum mehr und mehr zu steigern. Ja, man kann sagen, je größer das Unternehmen, desto größer wurde auch das Gewinnstreben, da gibt es nur die Alternative, vorwärtszudrängen oder rettungslos überholt zu werden. Die Schwerfälligkeit des ganzen Betriebes, die Größe der Kapitalien, die verzinst werden wollen, zwingt zu energischer Ausnutzung aller Kräfte und Mittel, auch der Handarbeit. Der einzelne Unternehmer war häufig ein humaner Mensch, der nur für seine Leute sorgte und arbeitete, aber im modernen Unternehmen stecken die angedeuteten Triebkräfte.

Drückte so von oben her das Unternehmerinteresse auf die Lebenslage der jungen Arbeiterschaft, so zog von unten her die übermäßige Konkurrenz der Arbeiter untereinander. Die ersten Jahrzehnte der modernen Industrieentwicklung brachten der Arbeiterschaft ein furchtbares, bis dahin wenig gekanntes Leiden: eine permanente Massenarbeitslosigkeit. Mangel an Arbeit gab es auch in früheren Jahrhunderten häufig, aber jetzt fielen ihr gewaltige Scharen

von Arbeitern zum Opfer, und zwar wurde diese Arbeitslosigkeit ein chronisches Uebel, das — mochte sie auch bald einen größeren, bald einen geringeren Umfang annehmen — niemals mehr ganz verschwand. In der Entwicklungszeit des modernen Kapitalismus nahm die Arbeitslosigkeit nun besonders drohende Formen an — im unmittelbaren Zusammenhang mit all den technischen Fortschritten jener Epoche. Alle technischen wie wirtschaftlichen Fortschritte nämlich vermindern wenigstens anfangs die Arbeitsgelegenheit. Alle solche Fortschritte bringen eine Ersparnis an Arbeit — darin liegt ja ihr Nutzen —, sie ersparen damit Arbeitskräfte, es werden menschliche Kräfte durch tote Maschinen oder irgend welche vollkommneren Verfahren ersetzt. Das berühmteste Beispiel, für diese Wirkung bildet die Nadelfabrikation in England. Adam Smith erzählt in seinem großen Werk von 1776, daß früher jeder Arbeiter einer Stecknadelfabrik im Durchschnitt täglich 20 Nadeln hergestellt habe, dann sei die Arbeitsteilung zur Einführung gelangt und nun vermöge der Arbeiter durchschnittlich 4800 Nadeln zu produzieren. Von den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts berichtet Karl Marx, daß eine weibliche Arbeiterschaft vier Maschinen bedienen könne, von denen jede täglich 145 000 Nadeln herstelle. Ein anderes Beispiel: In der Zeit von 1770 bis 1840 stieg in der Weberei die Ertragsfähigkeit etwa auf das Zweihundertfache, von 1840 bis 1910 noch einmal um das Zwölffache; auch die Produktivität in der Spinnerei konnte in den letzten 70 Jahren vor dem Krieg auf das Sechsfache gesteigert werden. Die soziale Wirkung einer solchen Evolution — wenigstens

die unmittelbare — ist klar: Menschen in wachsender Zahl wurden brachgelegt, aufs Pflaster geworfen, es entstand die „industrielle Reservearmee", eine wachsende Schicht von Brotlosen. „Je einem Unternehmer liefen viele Arbeiter nach", die sich unterboten, die zu jedem Lohn und unter allen Bedingungen arbeiten wollten, um nur das Leben zu fristen. — Erst späterhin sollte sich zeigen, daß auch für die Arbeiterklasse der wirtschaftliche Fortschritt nicht bloß nachteilig, sondern auch gewinnbringend ist, ja daß die Vorteile die Nachteile bei weitem überwiegen.

Wenn nun die genannten Umstände eine furchtbare Verelendung der Industriearbeiterschaft zur Folge haben konnten, so war das nur möglich, weil zunächst die öffentliche Meinung, aber auch die Arbeiter selbst und ebenso der Staat den beobachteten Tatsachen hilflos und untätig gegenüberstanden, die kapitalistische Entfaltung als ein Schicksal hinnahmen, dem man seinen Lauf lassen müsse. Man kann kurz sagen, in allen Ländern stand die Oeffentlichkeit bis in die 60er, 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts im Zeichen des wirtschaftlichen Liberalismus. Die einzige Forderung der liberalen Gelehrten, Politiker und Geschäftsleute war „Freiheit": „Nichteinmischung des Staates". — Der Staat darf die Betätigung namentlich des jungen Unternehmertums in keiner Weise stören. Wer sich in Not befindet, der hat es selbst verschuldet, denn jeder ist seines Glückes Schmied. Auch den Arbeitern darf niemand beispringen, nur durch eigene Anstrengung können sie emporkommen. Was das Verhalten der Arbeiterschaft anging, so war sie in jener Zeit,

wenigstens bis in die 30er, 40er Jahre noch viel zu schwach, um selbst ihr Geschick in die Hand zu nehmen. Alle Versuche, sie wirtschaftlich oder politisch zu organisieren, scheiterten zunächst. Die Arbeiter verharrten in dumpfer und stumpfer Verzweiflung, sie ergaben sich in ihre scheinbar unvermeidliche Lage. Und endlich der Staat, überall in liberalem Sinne geleitet, hielt ebenso in jenen Anfangsjahrzehnten die Hände im Schoß oder begnügte sich allenfalls mit einigen wenigen, ganz schwachen Schutzgesetzen zugunsten der in der Industrie beschäftigten Kinder — in England seit 1802, in Preußen seit 1839.

Erst in den 40er, 50er Jahren verwandelte sich in England, in den 60er Jahren in Deutschland die bis dahin im wesentlichen negative Stellung, die man von allen Seiten einnahm, in ein positives Verhalten, langsam, zögernd, schrittweise begann die soziale Reform, um dann bald in ein immer kräftigeres Tempo zu geraten. Die Hoffnung der Liberalen auf Glück und Aufstieg der Armen im liberalen Staate hatte Schiffbruch gelitten, so wurde man irre wenigstens am sozialen Segen des laissez faire, forderte soziale Maßnahmen der öffentlichen Körper und schloß sich zu allen möglichen arbeiterfreundlichen Vereinen und Verbänden zusammen. In Deutschland z. B. entstanden seit den 30er, 40er Jahren konfessionelle Vereinigungen wie der Vinzenzverein auf katholischer, der Verein für innere Mission auf evangelischer Seite. Wissenschaftliche Körperschaften bildeten sich wie der Verein für Sozialpolitik (1872) und Verbände von Praktikern, wie die Gesellschaft für soziale Reform (1901) — daneben große

und kleine Gruppen fast ohne Zahl, mit den verschiedensten Zwecken. Seit den 70er Jahren stieg das soziale Interesse auch in Deutschland außerordentlich und seit den 90er Jahren erreichte es seinen Höhepunkt. Damals setzte sich der junge Kaiser nachdrücklich für den sozialen Fortschritt ein, auch in Kunst und Wissenschaft wurde der Arbeiter ein Lieblingsgegenstand. Erst kurz vor dem Krieg, etwa seit 1910, zeigte sich da eine bezeichnende Richtungsänderung. In weiten Kreisen begann man bedenklich zu werden und bald mit Entschiedenheit eine Verlangsamung in der sozialen Arbeit zu fordern. Man wies hin auf die schwere wachsende Belastung durch die soziale Gesetzgebung, die direkt oder indirekt Millionen täglich kostete, man prophezeite den nahenden Ruin der deutschen Industrie. Man beschwerte sich über allerlei sozialethische Schäden: die freie Betätigung großer und starker Naturen, vor allem der Industriekapitäne, werde behindert, ja erstickt. Sie würden durch tausend Vorschriften, Verbote, Schikane belästigt, hörten auf, die „Herren im Hause" zu sein, während doch der Genialität und rastlosen Bemühung des Unternehmerstandes die wunderbare wirtschaftliche Entfaltung in erster Linie zu verdanken sei. Jede menschliche Größe und Schönheit werde durch das polizeiliche Fürsorgesystem unterdrückt, das seelische Niveau des ganzen Volkes im neudeutschen Polizeistaat gemindert, die Deutschen würden eine Nation von Staatskrüppeln, deren Energie sich darin erschöpfe, zur Staatskrippe zu drängen und Renten zu erhaschen. Politisch führe die herrschende Richtung zum Sozialismus hin, den man seiner öden Gleich-

macherei wegen aufs Entschiedenste bekämpfen müsse. So sei denn endlich einmal Schluß zu machen mit den sozialpolitischen Experimenten, grundsätzliche Opposition gegen die uferlosen Vorschläge der Reformer vom Katheder wie vom grünen Tisch sei anzukündigen, zum mindesten müsse Deutschland, das sozial führende Land, jetzt einmal einige Jahrzehnte, „verschnaufen". Mit solchen und ähnlichen Argumenten traten nicht nur die Arbeitgeber und ihre seit dem Anfang dieses Jahrhunderts (1903) sehr erstarkten Interessenverbände auf den Plan, sondern auch viele jüngere Gelehrte und namhafte parlamentarische Parteien. Wie nun da der Weltkrieg und die Revolution gewirkt haben, läßt sich mit Bestimmtheit noch nicht übersehen, doch scheint es, daß die gewaltigen Opfer, die gerade die Massen bringen mußten, und der Stimmungsumschwung der jüngsten Zeit die ablehnende Haltung überwunden oder doch zum Stillschweigen gebracht haben. Auch die Arbeitgeber, selbst die extremen Gruppen, haben sich zum Zusammengehen mit den Arbeitern und zur Förderung der Sozialpolitik bereit erklärt (als wichtiges Symptom könnte man etwa auf die Kollektivvereinbarung der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften vom 15. November 1918 verweisen).

Blicken wir sodann wieder auf die Arbeiterseite, so war die Entwicklung da folgende: Schon seit den 30er Jahren suchte die Arbeiterschaft sich aus der Lethargie, in die sie versunken war, zu erheben. Doch äußerte sich ihre Verzweiflung, ihre Wut zunächst nur in wilden Aufständen, die besonders in England und Frankreich bis 1848 oft zur ernsten Bedrohung der ganzen Kulturarbeit wurden. Dann

aber schloß sich von den 50er Jahren ab in jenen fortgeschrittenen Ländern, von den 60er Jahren ab in Deutschland das Zeitalter der organisierten Selbsthilfe an. Wie die Kristalle zum Kristallkern hinschießen, so sammelten sich nun überall die Arbeiter in Verbänden, wo immer ein Führer sie zusammenrief: Sie vereinigten sich im wesentlichen nach drei Zielpunkten: einmal politisch, so vor allem seit 1864 unter Lassalle und seit 1868 unter Marx in der Sozialdemokratie. Sodann wirtschaftlich in den sogenannten Konsumgenossenschaften, die den gemeinsamen Einkauf guter und billiger Waren erstrebten. Endlich sozial, indem seit 1868 die großen Gewerkschaften begründet wurden, die die Interessen der Arbeiter besonders gegenüber den Arbeitgebern vertreten wollen. Alle diese Verbände entwickelten sich zunächst in sehr gedeihlicher Weise bis 1878, wurden dann aber stark behindert oder gar lahmgelegt durch die Unterdrückungspolitik Bismarcks, das Sozialistengesetz, das bis 1890 in Kraft blieb und haben sich seitdem mit ungestümer, schier unwiderstehlicher Gewalt herausgemacht. Auch der Krieg hat diesen Aufschwung nur zeitweise unterbrechen können. Bis Ende 1916 sanken besonders bei den Gewerkschaften die Zahlen der Mitglieder, der Kassenbestände usw. Seitdem aber hat sich der alte Siegeszug fortgesetzt. Freilich ist diese friedliche Arbeiterbewegung neuestens wieder sehr in Frage gestellt durch die wilden organisationsfeindlichen Stürme der Revolution. Namentlich die alten bewährten Gewerkschaften sind in diesem Augenblick trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke leider nur von recht geringem Einfluß.

Daneben interessiert uns noch die staatliche Betätigung auf sozialem Gebiet, also die Sozialpolitik. Auch hier waren in Preußen-Deutschland erhebliche Erfolge erst von den 50er, 60er Jahren ab zu verzeichnen. In der Hauptsache brachten sie einen Ausbau des Schutzes für die meist gefährdeten Gruppen, die jugendlichen und die weiblichen Arbeiter, außerdem die ersten Ansätze zum Schutz von Leben, Gesundheit, Sittlichkeit und materieller Existenz der erwachsenen männlichen Arbeiter. In den 70er Jahren brach diese Entwicklung ab. Bismarck wurde zum Gegner des sozialen Schutzes, weil er fürchtete, die Industrie könne geschädigt, in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt werden. Im nächsten Jahrzehnt indessen ließ unser größter Staatsmann eine umfassende positive Ergänzung folgen: indem er das bewundernswerte vorbildliche Werk der sozialen Versicherung aufführte, die Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität — damit eine Mindestexistenz dem Arbeiter für etwaige Notfälle garantierend. Nach Bismarcks Rücktritt folgte der weitere planmäßige und tatkräftige Ausbau in beiden Beziehungen: Weiterführung des Arbeiterschutzes seit 1891 und Ausbau der sozialen Versicherung, namentlich 1911 in der Reichsversicherungsordnung, die auch eine Versicherung der Hinterbliebenen, der Witwen und Waisen, brachte, sowie in der Angestelltenversicherung desselben Jahres. Im großen und ganzen konnte man sagen, daß vor dem Krieg das Grundlegende in Bezug auf Arbeiterschutz und soziale Versicherung geschaffen worden war, so viele berechtigte Einzelwünsche noch offen blieben. Wenig geför-

dert hatte man dagegen in Deutschland ein drittes Gebiet der Sozialpolitik das soziale Recht, dessen Ausbau erst jetzt in der Revolution ernstlich in Angriff genommen worden ist und das nun zu einem großen sozialen Gesetzbuch zusammengefaßt werden soll; vor allem handelt es sich da um drei Komplexe von Fragen, einmal um die freiheitliche Ausbildung des Koalitionsrechtes — also des Rechtes zur sozialen Verbandsbildung —, zweitens um Anerkennung und Förderung der Tarifverträge — also der Friedensschlüsse zwischen den Parteien des Arbeitsvertrages —, drittens um die planmäßige Schlichtung der Streitigkeiten, um das soziale Einigungswesen, durch das möglichst alle Kämpfe verhütet werden müssen. Gerade in dieser Beziehung stand Deutschland hinter vielen anderen Ländern zurück. Besonders die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 ist da ein bedeutungsvoller Anfang. —

Alles bisher Gesagte sollte die Einflüsse klar machen, unter denen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts das Arbeiterleben gestanden. Betrachten wir nun — wenn auch nur andeutungsweise — das Arbeiterleben selbst, wie es sich unter diesen Bedingungen in den letzten Dezennien gestaltet und fortentwickelt hat. Da zeigt sich uns allerdings insofern eine Schwierigkeit, als das Leben des Arbeiters — wie jedes Menschen — durch zahlreiche Faktoren bestimmt wird, über die nicht immer Gleichartiges zu sagen ist. Fassen wir also die wichtigsten dieser Faktoren der Reihe ins Auge.

Vor allen Dingen müßte da natürlich die Lohnhöhe Berücksichtigung finden, denn Nahrung, Wohnung, Klei-

dung, Genüsse, auch Freiheit und Selbstgefühl des Arbeiters — das alles ist zum größten Teil von der Lohnhöhe abhängig. Wie denn auch die meisten Arbeitskämpfe sich um diesen überragend wichtigen Punkt drehen. Will man kurz die Richtungslinie der Lohnentwicklung angeben, so kann man sagen — zusammenfassende Ziffern lassen sich kaum nennen —, daß seit den 30er Jahren die Löhne stets gestiegen sind, am stärksten in den 60er Jahren, von 1870 bis 1873 und von 1896—1900. In den letzten Jahren vor dem Krieg, seit 1905 stiegen zwar die Geldlöhne noch weiter, aber die Kaufkraft des Geldes war so sehr im Abnehmen, daß die realen Löhne, also die Lebenshaltung, sogar nicht unbeträchtlich gesunken war — besonders die Nahrungsmittel waren in Deutschland durch den Zolltarif von 1902 ungemein verteuert worden. Immerhin lebten die deutschen Arbeiter vor dem Krieg ganz wesentlich — um etwa 50—100% — besser als ihre Väter um 1850. Wie der Krieg und erst recht die Revolution die Geldlöhne hat steigen lassen, im Durchschnitt gegenüber dem Friedensstand um 100—150%, ist ja bekannt, bekannt ist weiter, daß aber durch das furchtbare Steigen aller Preise die wirkliche Lebenshaltung um etwa 35—40% gesunken ist.

Aber der Lohn allein entscheidet noch nicht über Glück oder Unglück des Arbeiterdaseins. Daneben ist nicht von der gleichen, jedoch ebenfalls von großer Bedeutung die Frage der Arbeitszeit, daß die Dauer des Arbeitstages nicht über Gebühr ausgedehnt werde, daß Raum bleibe für private Lebensbetätigung, für die menschlich notwendigen oder wünschenswerten Zwecken außerhalb des Berufes. Hier

nun zeigt eine jede einwandfreie Untersuchung ein besonders erfreuliches Bild: seit den 40er Jahren ist bei fast allen Arbeitergruppen die Arbeitszeit ständig verkürzt worden. Es war dies dem Zusammenwirken folgender Faktoren zu verdanken: der Technik, die komplizierte Maschinen und Verfahren einführte, bei denen eine überlange Arbeit sich von selbst verbot, der sozialpolitischen Gesetzgebung, die bei einzelnen gesundheitlich angreifenden Arbeiten (Bergbau) Verkürzungen erzwang, vor allem aber die Arbeit der Jugendlichen und der Kinder beschränkte und damit auf eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitsstunden hinwirkte (Textilindustrie), und weiter den Gewerkschaften, die neben dem Lohnsteigen kein wichtigeres Ziel ihrer Politik kannten, als eben das Senken der Arbeitszeit. In der Tat dauerte der Arbeitstag um 1840—1850 etwa 14 Stunden — eher länger —, er war vor dem Krieg im Durchschnitt, mit vielen Abweichungen, etwa 10 Stunden, wozu dann noch die volle Sonntagsruhe kam — gewiß ein großer Gewinn an Lebensglück und Menschenwürde. Im Krieg wurde gerade in dieser Beziehung vieles wieder rückgängig gemacht, fast alle Beschränkungen waren wenigstens in den Kriegsindustrien aufgehoben. Aber die Revolution hat sie nicht nur erneuert, sondern schon seit Mitte November 1918 den allgemeinen Achtstundentag festgelegt, damit die kühnsten Erwartungen übertrumpfend, weitere Verkürzungen auf den Sechsstundentag hin werden angestrebt, ob zu unserem wirtschaftlichen Heile, muß noch untersucht werden.

Ferner aber wäre nun zu prüfen: wie steht es mit den

Lebensverhältnissen des Arbeiters im Beruf und welche Entwicklungslinie ist da zu beobachten? Wenn der Arbeiter den größten Teil seiner wachen Tagesstunden in der Fabrik zubringt, so fragt es sich: *wie lebt er dort?* Eine einfache klare Antwort ist da nicht zu geben, dazu sind die Verhältnisse zu verwickelt und zu mannigfaltig. Man müßte achten:

1. Auf die berufliche Anstrengung. Im großen und ganzen — wenn man Kompliziertes in knappe Formeln zusammendrängen darf — ist eine stete Abnahme der Muskelarbeit feststellbar. War zu Anfang die Arbeit rein körperlich schwer, erschöpfend, aufreibend, so wurde durch die Technik das Lastmoment fast überwunden. Auch jetzt gibt es noch unangenehme und anstrengende Arbeit genug (z. B. am Hochofen, im Bergwerk), aber meist tritt an die Stelle der menschlichen Sklaven die leblose Dienerin, die Maschine. Ob damit die Anstrengung im ganzen sich verkleinert, ist trotzdem sehr die Frage: Statt Muskelkraft wird heute — bei der intensiven Arbeitsart — in steigendem Maße *geistige und Nervenarbeit* erfordert. Der typische Industriearbeiter muß so viel Scharfsinn, Aufmerksamkeit, Sorgfalt, Anpassungsfähigkeit, Entschlußkraft aufwenden, daß dieses Lastmoment jene Entlastung wohl reichlich aufwiegt. (Klassisches Beispiel: jener Maschinist, der im Bergbau durch kleine, körperlich mühelose Bewegungen des Hebels oder des Rades die Förderstühle mit wertvollen Lasten oder vielen Menschenleben aufwärts oder abwärts sausen läßt; oder der Optiker, der wertvolle Gläser zu schleifen hat, die durch einen falschen Strich zerstört würden.)

2. Die Befriedigung im Beruf. Sicher ist auch da vieles wenig erfreulich. Diese moderne Technik machte den Menschen aus einem Herrn zum Knecht der Maschine. Im alten Handwerk übersahen der Meister, aber auch Gesellen und Lehrlinge den ganzen Betrieb, sie stellten in der Regel aus dem Rohstoff durch ihrer Hände Arbeit das fertige Erzeugnis her, aus dem Tuch den Rock, aus den Holzbrettern den Tisch oder den Altar. Da befriedigte die Arbeit, da erzog sie den ganzen Menschen, da entwickelte sie in ihm Berufsfreude, Berufsstolz — das „Herrgottsgefühl" des Handwerkers, wie Naumann sagt. Der moderne Industriearbeiter dagegen wurde eingespannt als ein kleines Rädchen in eine ungeheuere Maschinerie, die zu übersehen er nicht imstande war, in der er nach dem Gesetz der Arbeitsteilung winzige, anscheinend geringwertige und sinnlose Verrichtungen in ewigem, ödem Einerlei auszuführen hatte. Natürlich stumpfte solche Monotonie Geist und Sinne ab, erniedrigte und verkleinerte das Menschentum der Arbeiter; die Arbeit verlor ihren geistigen und seelischen Gehalt, sie wurde zur quälenden Fron, die man schleunigst abwarf, wenn man es irgendwie vermochte. Dieses dunkle Bild ist nun auch für die letzten Jahrzehnte leider nicht ohne Wahrheit, indessen müssen ihm heute doch manche hellere Töne eingefügt werden. Daß die körperliche Anstrengung sich sehr gemindert hat, wurde bemerkt. Die Arbeitsstätten sind heller, luftiger, gesunder und angenehmer geworden. Die gesundheitlichen Gefahren sind durch zahlreiche Schutzvorrichtungen vermindert, die Unfälle nehmen ab. Die Abhängigkeit vom Unternehmer ist heute für den Arbeiter

kaum größer als umgekehrt. Der vereinzelte Arbeiter von 1840 oder 1850 war ein Höriger seines Herrn; die organisierten Arbeiter von 1914 oder gar von 1919 wissen hinter sich die Macht ihrer Gewerkschaft: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will. Aber auch die Arbeit selbst hat mehr Sinn und geistigen Gehalt bekommen. Der moderne Arbeiter ist weit gebildeter als sein Vater oder Großvater, er übersieht vielfach sehr wohl das Getriebe seiner Fabrik oder seiner Abteilung, er hat oft eine erstaunliche wirtschaftliche und technische Schulung, er kennt, liebt und er beherrscht wieder die Maschine, mit der er arbeitet.

3. Der berufliche Aufstieg. Im alten Handwerk war in seiner guten Zeit eine der Glanzzeiten die vorzügliche soziale Schichtung. Der Junge wurde Lehrling, wurde nach bestimmter Zeit Geselle, wanderte durch die Welt und wurde in jungen Jahren ein selbständiger angesehener Meister. Ganz anders der Industriearbeiter; dessen Leben stand und steht im Zeichen einer höchst bedauerlichen Aussichtslosigkeit. Er wußte, daß er trotz fleißiger Arbeit, auch als begabter Mensch, nicht emporkommen würde, wenn er nicht besonders vom Glück begünstigt war — viele Ausnahmen zeigen zwar, wie auch einfache Arbeiter zu großen Unternehmern geworden sind, aber diese Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Der Arbeiter war und blieb normalerweise Arbeiter, auch seine Kinder und Kindeskinder würde das gleiche, schwere Los treffen. Ja, umgekehrt stand der Proletarier statt vor der Aussicht des Aufstiegs vor der Sicherheit künftigen Abstiegs. Da er von körperlicher Arbeit sein Leben fristete, die Körperkraft

aber schon von etwa 40 Jahren ab zu sinken begann, so stand ihm auch ein späteres Lohnsinken, ja die volle Verarmung bevor. So bewährte sich also die alte Hoffnung des Liberalismus in keiner Weise, der prophezeit hatte, daß der arme Mann emporkomme, wenn ihm nur die „Freiheit" dazu gewährt werde, d. h. wenn der alte Ständestaat mit seinen Zwangsordnungen niedergeworfen sei. Diese Liberalen hatten übersehen und übersehen müssen, daß die kommende Entfaltung der Technik den Großbetrieb begünstigte und daß im kapitalistischen Staat der Aufstieg des Arbeiters durch ein neues gewaltiges Hindernis erschwert wurde, durch den Mangel an Kapital. Wer über dieses mächtige Instrument der modernen Wirtschaft nicht verfügte, der konnte sich gar nicht oder schwer die notwendige Bildung aneignen und der besaß ebensowenig die zum Aufbau eines modernen Unternehmens erforderlichen materiellen Voraussetzungen. Ziehen wir auch hier den Vergleich mit der Gegenwart, so bleiben wohl heute noch viele berechtigte Wünsche offen. Gerade auch für den Arbeiter muß das große Wort gelten: Bahn frei dem Tüchtigen. Immerhin waren auch bisher die Ansätze zur Besserung unverkennbar. Die Arbeiter hatten bessere Löhne und verfügten über höhere Allgemeinbildung — das erleichtert das Vorwärtskommen. Die Alters- und Invalidenversicherung garantierte auch dem Proletarier eine einigermaßen erträgliche Existenz im Alter. Namentlich aber muß man noch auf einen Punkt hinweisen: die zunehmende Differenzierung der modernen Arbeiterschaft. In der jungen Industrie zu Anfang des 19. Jahrhunderts gab es eigentlich

nur eine einheitliche Sorte von Arbeitern, was der eine konnte und tat, war auch der andere zu leisten imstande. In den letzten Jahrzehnten indessen hat sich das vollkommen geändert. Innerhalb der Arbeiterschaft gibt es wahre Elendserscheinungen und Arbeiteraristokraten, es gibt fast unzählige Abstufungen der Vorbildung, der Berufstätigkeit und der Entlohnung. Es gibt fast so viele Unterschiede wie innerhalb des „Bürgertums", es gibt Uebergänge von unten nach oben, vom Arbeiter zum Werkmeister, zum Betriebsleiter und zum Direktor, eine Stufenfolge, die, man darf sagen, allen Begabten Anreiz und Aussichten bietet.

4. Die Stetigkeit der Beschäftigung, die Frage der Arbeitslosigkeit. Ist dieser Fluch der kapitalistischen Aera heute von dem Proletariat genommen worden? Diese Frage ist von so überragender Bedeutung und bietet der Erkenntnis so viele Schwierigkeiten, daß sie noch ausführlich besprochen werden soll (s. Kapitel III).

Neben dem Berufsleben interessiert sodann noch eine weitere Seite: das Familienleben des Arbeiters. Die Schäden von ehedem wurden früher schon berührt. Auch auf diesem Gebiet sind freilich manche günstige Tendenzen wohl erkennbar. Vorteilhaft wirkt natürlich auch hier die bessere Entlohnung, die Verkürzung der Arbeitszeit. Dazu kommt der Schutz der schwächeren Familienmitglieder durch die Gesetzgebung. Zusammenfassend kann man sagen, daß wie in den meisten Ländern auch in Deutschland der Kinderschutz (seit 1903) hinreicht, indem er im wesentlichen die Kinderarbeit unmöglich macht. Die Arbeit der Jugend-

lichen muß weiter beschränkt werden und noch ergänzt werden durch den allgemeinen Fortbildungsschulzwang. Die Frauenarbeit bedarf noch sehr erheblicher Herabsetzung. Die Arbeit verheirateter Frauen in der Fabrik sollte überhaupt völlig verboten werden, was nur erreichbar wäre, wenn die Lohnzahlung Rücksicht auf den Familienstand nähme und wenn die hauswirtschaftliche Schulung der jungen Mädchen später den Frauen eine ordentliche Haushaltsführung gestattete. Gesundheit, Glück, Kultur der Nation hängen ab von der Familie. Gerade hier lagen die schwersten Schäden des beginnenden Industriezeitalters, gerade hier ist auch in Zukunft von Sozialpolitik und sozialer Fürsorge noch Bedeutsames zu leisten.

In allen bisherigen Darlegungen war nur von der Arbeiterschaft die Rede. In den letzten Jahrzehnten hat sich nun der Umkreis sozialer Betrachtung bedeutend erweitert. Vor allem zwei Berufsgruppen sind da von Wichtigkeit geworden. Die Beamten und die Privatangestellten. Die Zahl der Beamten ist enorm gestiegen mit dem Zug zum Staatssozialismus, der sich seit den 70er Jahren in Deutschland bei Reich, Staat und Gemeinde so nachdrücklich geltend macht, standen doch schon vor dem Krieg rund zwei Millionen Menschen in Beamten- oder beamtenähnlicher Stellung. In ähnlicher Weise und noch stärker ist seit den 80er Jahren der Stand der Privatangestellten gewachsen, auch hier waren es 1914 etwa zwei Millionen Männer und Frauen. Je mehr die Großbetriebe überwiegen, desto zahlreicher werden die kaufmännischen und technischen Helfer, die zwischen dem Leiter des Unterneh-

mens und der Arbeiterschaft stehen. Will man mit ein paar Worten die sozialen Probleme dieser Gruppe kennzeichnen, so kann man sagen, daß uns im wesentlichen die gleichen Fragen entgegentreten, wie bei der Arbeiterschaft, daß aber die Selbsthilfebewegung bei Beamten und Privatangestellten noch weit im Rückstand ist. Der Krieg und die Revolutionserlebnisse haben da neue Richtlinien gegeben: es wird 1. auch für diese Festbesoldeten eine durchgreifende gewerkschaftliche Organisation geschaffen werden müssen, es gilt 2. diese Schichten, die vor dem Krieg sich schlecht standen und durch den Krieg proletarisiert worden sind, durch Finanzaufbesserung finanziell zu heben, es muß auch ihnen 3. die Möglichkeit des Emporkommens, des freien Aufstiegs gewährt werden. Beamte und Privatangestellte gehören, als Stände, zu unseren wichtigsten Kulturträgern. Ihre Lage erheischt größte Beachtung.

II. Die sozialen Grundfragen.

Wenn man die soziale Entwicklung des 19. Jahrhunderts und des beginnenden 20. Jahrhunderts übersieht, so wird man nicht leugnen können, daß bis zum Weltkrieg ein langsamer aber sicherer Aufstieg der unteren Klassen zu verzeichnen war. Die Industriearbeiterschaft besonders vermochte allmählich fast alle ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten. Schon die geschichtliche Erfahrung scheint darauf hinzudeuten, daß ein „Gesetz des sozialen Auftriebes" besteht.

Freilich wurde diese erfreuliche Entwicklung bisher von vielen Wirtschaftspolitikern in Abrede gestellt oder es wurde wenigstens bestritten, daß mit Gesetzmäßigkeit eine soziale Besserstellung zu erwarten sei. Im Gegenteil, die meisten bürgerlichen Nationalökonomen und alle Sozialisten behaupteten, wenigstens bis in die 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein — in Uebereinstimmung mit den traurigen Tatsachen, die man erlebte — daß nicht Aufstieg sondern Stillstand oder gar Abstieg das Los des Proletariates sei und auch in Zukunft sein werde. Wenn man diese Ansichten theoretisch formuliert, so kann man sagen, daß bis weit ins 19. Jahrhundert die — wenn auch nicht unbestritten — herrschende Meinung sich zum „ehernen Lohngesetz" oder gar zur „Verelendungstheorie" bekannte.

Das eherne Lohngesetz, dessen klassische Ausprägung von dem liberalen englischen Volkswirt David Ricardo, dessen Name aber von Ferdinand Lassalle, dem großen deutschen Agitator, stammt, behauptet, daß zwar die Geldlöhne steigen und fallen mögen, daß sich auch die wirkliche Lebenslage der Arbeiter vorübergehend heben oder senken könne, daß aber die Lebenshaltung auf die Dauer unverändert bleibe. Der Proletarier erhalte als Lohn nur das, was zur Existenzfristung für ihn und seine Familie erforderlich sei. So sei das Arbeiterleben mit ehernen Klammern auf das Existenzminimum festgeheftet, wobei freilich Ricardo, im Gegensatz zu manchen Sozialisten, sehr wohl erkannte und anerkannte, daß das Existenzminimum des Arbeiters nicht immer die gleichen Gütermengen umfasse, sondern im Lauf der Zeit der Kulturhöhe entsprechend steige. Daß der Arbeiter von 1900 weit mehr und weit Besseres an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Luxus usw. zur Verfügung hatte als sein Vorfahre von 1800 — oder, daß der westeuropäische Arbeiter besser lebt als der russische oder als ein chinesischer Kuli ist ja unbestreitbar, aber es wäre möglich, daß auch in den modernen Kulturstaaten der Proletarier *nach den gestiegenen Kulturansprüchen* doch nur immer das Existenzminimum empfinge. Diese gemäßigten Vertreter des ehernen Lohngesetzes denken also nur an ein kulturbedingtes nicht an ein physiologisches Existenzminimum. Aber auch so formuliert ist das Lohngesetz Ricardos unhaltbar, weil seine Begründung hinfällig ist. Seine Vertreter nämlich behaupten, daß sich die Arbeiterschaft in Zeiten steigender

Löhne und wachsenden Wohlstandes derart vermehren werde — es würden mehr Ehen geschlossen, mehr Kinder gezeugt, die Einwanderung in ein so glückliches Land würde steigen, die Auswanderung stocken —, daß in kurzem ein Ueberangebot an Menschen und eine allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen eintreten müsse, es bleibe dann den Massen wiederum nur die Mindestexistenz. Wenn umgekehrt einmal der Lebensstand des Proletariates unter das Existenzminimum hinabsinke, dann werde eine entsprechende Volksabnahme die notwendige Folge sein, und in kurzem werde das verringerte Arbeiterangebot den Lohn emportreiben.

Dieser ganze Kausalzusammenhang ist aber heute allseitig als unbewiesen erkannt. Schon Karl Marx hatte betont, daß das eherne Lohngesetz nur eine andere Ausdrucksweise für das von Robert Malthus aufgestellte Gesetz der Uebervölkerung war, das aber seinerseits als durchaus unzutreffend zurückgewiesen werden muß. Wir wissen heute, daß keineswegs steigender Wohlstand steigende Geburtenziffern auslöst, auch das Proletariat beschränkt gerade dann, wenn sich seine Lage *bessert*, seinen Nachwuchs. Es ist also in keiner Weise anzunehmen, daß ein Steigen der Lohnsätze wegen des vermehrten Angebots an Arbeitern sozusagen automatisch aufgehalten und rückgängig gemacht werde.

Noch pessimistischer ist der Inhalt des Verelendungsgesetzes, das von vielen neueren Sozialisten, meist im Anschluß an Marx, vertreten wird. Nicht bloß keine Verbesserung sei zu erwarten, sondern die wirtschaftliche Aufwärts-

bewegung sei zugleich die Abwärtsbewegung des Proletariates. Was beobachtete man zu Beginn des kapitalistischen Jahrhunderts auf wirtschaftlichem Gebiete? Das Wachstum der Großbetriebe, deren Zahl sich durch ihren Zusammenschluß verminderte, technische Errungenschaften aller Art, die Vermehrung des fixen Kapitals, besonders der Maschine, die Ersetzung der menschlichen Arbeiter durch diese leblosen Helfer, die Entstehung und den Jammer des Proletariats. Die Reichen wurden immer reicher, die Armen immer ärmer, immer weiter der Abstand zwischen hüben und drüben, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Freilich steht dieses Verelendungsgesetz in so krassem Gegensatz zu den Tatsachen, daß man gezwungen war, es allmählich abzumildern, heute wird es von allen namhaften Sozialisten preisgegeben oder in einer Form vertreten, die ihm eigentlich seine Spitze und seine Gefahr vollkommen nimmt. Manche Sozialisten räumen zwar ein, daß von einer absoluten Verelendung nicht mehr die Rede sein könne, erklären indessen, insofern müsse noch eine Verelendung, eine relative, verzeichnet werden, als die soziale Hebung im Zeitalter des Kapitalismus sich bei den oberen Klassen viel schneller, allgemeiner und stärker gezeigt habe als beim Proletariat. Freilich behält die alte Verelendungstheorie dabei doch bloß ihren Namen, sie verliert ihren Sinn oder zum wenigsten ihre Bedrohlichkeit. Was dem Arbeiter vor allen Dingen am Herzen liegen muß, ist nicht sein Verhältnis zur Bourgeoisie, sondern seine eigene Lage, und bei dieser kann eben von einer Verelendung keine Rede sein.

Wenn man nun jenen älteren, überholten Lehren eine positive, den Tatsachen und der wirtschaftlichen Logik entsprechende gegenüberstellen wollte, wie würden deren Grundsätze wohl bestimmt werden müssen? Dem Verelendungsgesetz müßte gegenübergestellt werden ein „Gesetz des sozialen Auftriebes", wie es eingangs genannt wurde, ein „Gesetz der sozialen Interessensolidarität": Solange die nationale Wirtschaft vorwärts schreitet — das etwa wäre der Hauptinhalt — verbessert sich die Lebenslage wie des Unternehmertums so auch der Arbeiterschaft. Demnach ist das gemeinsame Interesse aller an der nationalen Produktion Beteiligten auf den wirtschaftlichen Fortschritt gerichtet. Nicht ist der Fortschritt — zunehmende Arbeitsteilung, Einführung oder Verbesserung von Maschinen, organisatorische Neuerungen usw. — der Feind der Arbeiterschaft, wie es die Sozialisten wenigstens für die kapitalistische Wirtschaftsweise annehmen, sondern er ist ihr bester Freund. Nicht „Fortschritt und Armut" sind koordinierte Begriffe, sondern Fortschritt und Wohlstand auch der Volksmassen. Nur dann wird sich die Lage des Proletariats wirklich gedeihlich gestalten, nur dann wird es — richtiger gesprochen — gelingen, das Proletariat zu beseitigen, es zu verwandeln in eine Klasse von freien, reichen und glücklichen Menschen, wenn die nationale Produktivität weit über das erreichte Maß hinaus gesteigert werden kann. In der Gegenwart sind wohl manche unserer Volksgenossen kaum mehr als arme Lohnsklaven, das ganze

Proletariat weit entfernt von dem Mindestmaß von Freiheit, Kultur und Lebensgenuß, das uns als Ideal vorschwebt. Doch braucht man auf die Hoffnung nicht zu verzichten, daß die aufwärtsführende Entwicklung, durch die einst die Sklaverei, die Hörigkeit, die Armut in ihren bittersten Formen beseitigt worden ist, endlich auch die Mittel zu einer wirklichen Kultivierung des ganzen Volkes darbieten wird. Bis dahin wird soziale Arbeit — vielleicht auch der verwirklichte Sozialismus — manche Schäden reparieren, doch wird man gerade in einem verarmten Deutschland viele Pläne zurückstellen, die besten Hoffnungen der Zukunft überlassen müssen.

Allerdings muß man da gleich einigen naheliegenden Einwänden begegnen. Wenn im allgemeinen, für den Regelfall innerhalb der Volksgemeinschaft der Wohlstand der einzelnen Klassen mit dem Gedeihen des gesamten Wirtschaftslebens verbunden ist, so kann im besonderen Fall — als Ausnahme — sehr wohl einmal eine Klasse sich vorübergehend oder dauernd in einem gegensätzlichen Verhältnis zum wirtschaftlichen Fortschritt befinden. Als die moderne Technik sich herausbildete, als zu Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts die größten wirtschaftlichen Errungenschaften aller Zeiten sich mit elementarer Gewalt Bahn brachen, da war die unmittelbare, vorübergehende Wirkung nicht eine Förderung sondern eine entsetzliche Unterdrückung der unteren Klassen. Auch heute noch hat jeder große Fortschritt zur Folge Arbeiterentlassungen und Arbeiterelend. Ebenso können auch nichtproletarische Schichten durch den allgemeinen Aufstieg hin-

abgedrückt werden; Beispiele: das Handwerk, der Kleinhandel, die Landwirtschaft im kapitalistischen Zeitalter, die alle sehr geschädigt wurden und nur dann dauernd lebensfähig blieben, wenn sie sich den großen neuen Gestaltungen anzupassen vermochten.

Im allgemeinen und auf die lange Linie sind die Wirkungen folgende: Jeder wirtschaftliche Fortschritt besteht in Arbeitsersparnis; ja, Fortschritt heißt wirtschaftlich eben nur, daß man mit einem verminderten Kraftaufwand die gleiche Wirkung, oder mit einem gleichen Kräftemaß eine größere Wirkung als vordem erzielt. Im ersten Stadium wird das für die Arbeiterschaft schädlich sein, weil jetzt Arbeiter überflüssig werden. Es ist verständlich, wenn in den 30er, 40er und noch in den 60er Jahren in England die Arbeiter die Maschinen mit bitterster Feindschaft haßten und häufig genug zu zerstören trachteten. Dann aber folgte das zweite Stadium. Die höhere Produktivität der Arbeit, führte 1. zu einer Verbilligung der Produkte, und — wie alle Klassen — konnten auch die Arbeiter jetzt mehr und bessere Güter als vordem erstehen. Außerdem ermöglichte 2. die gestiegene Kaufkraft der gesamten Konsumenten eine Ausdehnung der Produktion, die Fabriken wurden immerfort erweitert, neue Fabriken wuchsen aus dem Boden, damit stieg die Beschäftigungsmöglichkeit, die Nachfrage nach Arbeitern, der Lohn, es verbesserten sich die Arbeitsbedingungen und die Lebensverhältnisse für das Proletariat. Weiter stieg mit den Erfindungen und Verbesserungen ohne Zahl natürlich 3. auch in gewaltigem Ausmaß der Unternehmergewinn, ja vielfach waren es die Unter-

nehmer, die sozusagen den Rahm abzuschöpfen vermochten. Die steigenden Gewinne wurden dann von ihnen *entweder* in Konsum umgesetzt; mit den neuen Einkommensteilen befriedigten sie irgendwelche Luxusbedürfnisse in Nahrung, in Kleidung, bauten Villen und Paläste, legten Parks an, kauften Kunstwerke usw. und schufen damit, wenn auch ungewollt, irgendeine neue Arbeitsgelegenheit. Oder sie verwandten die gewonnenen Mittel zu neuer Produktion, vermehrten und vergrößerten ihre Betriebe, damit gleichfalls Beschäftigung schaffend, und zwar für mehr Menschen als vordem untergebracht werden konnten. *Oder* aber die Unternehmer legten die Mehreinnahme in Darlehnsform an, gewährten also Kredit, der nun irgendwelchen anderen Wirtschaftssubjekten eine verstärkte Produktion oder Konsumtion ermöglichte und so indirekt in ähnlicher Weise der gegebenen Arbeiterzahl einen Seltenheitswert verlieh. *Kurz, von welcher Seite man auch die Dinge betrachten mag, so zeigt es sich, daß jeder ökonomische Aufschwung die Löhne und Arbeitsbedingungen der unteren Teilnehmer am Produktionsprozeß emportreibt!*

Noch einen anderen Namen könnte man für dieses „Gesetz der sozialen Solidarität" empfehlen: mit Fug und Recht würde man es das „*soziale Grundgesetz*" nennen, weil es diejenige Erkenntnis ist, von der jeder Sozialpolitiker ausgehen, die Maßstab und Richtschnur für alle praktischen Reformen auf sozialem Gebiet abgeben muß. Nur mit einigen Andeutungen soll hier die Tragweite

der gewonnenen Einsichten dargelegt, der Zusammenhang von Wirtschaftsleben und sozialer Reform weiter verdeutlicht werden.

Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik stehen nach dem Gesagten im Verhältnis von Ursache und Wirkung zueinander, so zwar, daß eine fortschrittliche, vernünftige und erfolgreiche Wirtschaftspolitik erst die Grundlage für jeden gesunden sozialen Aufstieg schafft. Auch wenn in der deutschen Zukunft dem Volk wirklich geholfen werden soll, so bedürfen wir einer entwicklungsfähigen Volkswirtschaft. Nur wenn der Staat Ruhe und Ordnung garantiert, wenn die Politik des neuen Deutschland besonders sorgfältig die Lebensbedürfnisse der großen Gewerbegruppen berücksichtigt, wenn alle produktiven Stände mit voller Energie sich werteschaffender Arbeit zuwenden, wenn die Arbeiterschaft Einsicht genug besitzt, nicht solche Zugeständnisse zu erzwingen, die über die wirtschaftliche Kapazität des Landes hinausgehen, die also am Mark des Wirtschaftskörpers zehren, nur dann können auch die Arbeiter den Lebensstand der Vorkriegszeit wieder erreichen und überholen, nur dann auch sind weitere soziale Reformen durchführbar und haltbar. Jede reformerische Maßnahme, welche es auch sei, verursacht Kosten oder mindert Gewinne, was nur eine leistungsfähige Volkswirtschaft zu ertragen vermag.

Aber auch das umgekehrte Kausalverhältnis ist zutreffend und darf nicht verkannt werden. Eine fortschrittliche Sozialpolitik ist vielleicht der stärkste Antrieb der wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgabe der Sozialpolitik kann es, wie betont, freilich keineswegs sein, irgendwelchen Klassen, etwa

dem Arbeiterproletariat, einfach beliebig viele Glücksgüter zuzuschanzen. Die Sozialpolitik soll vielmehr den notleidenden Klassen den Weg nach oben innerhalb der wirtschaftlich notwendigen Grenzen sichern. Daß dieser Aufstieg schon in den natürlichen Tendenzen des Wirtschaftslebens liegt, wurde betont. Die Sozialpolitik kann da nur bewirken, daß die Aufbesserung nicht durch irgendwelche gesellschaftlichen Machtverhältnisse verkürzt oder verhindert wird, daß sich vielmehr der soziale Fortschritt möglichst schnell, reibungslos und in zweckmäßigen Formen durchsetzt. Eine solche überlegte, planmäßige Sozialpolitik fördert die unteren Klassen leiblich und seelisch, macht sie zufriedener und leistungsfähiger. Menschen, die ordentlich wohnen, sich reichlich ernähren und anständig kleiden, die angemessene Freizeit für Ruhe und Fortbildung haben, die sich einen größeren Luxus gestatten können, sind wertvollere Produktionselemente als niedrig stehende Hungerleider. Gerade in den letzten Jahrzehnten trat auch in Deutschland der Zug zur Qualitätsindustrie deutlich in die Erscheinung, wir verfeinerten, wir vergeistigten die nationale Gütererzeugung. Nicht mehr wollten wir Waren mit der Spitzmarke „Billig und schlecht", sondern gute und teure Wertgüter herstellen. Viele einsichtige Wirtschaftspolitiker (Naumann und der Werkbund) traten für diese Bestrebungen ein, Ausstellungen wurden veranstaltet, vielfache Aufklärung den Erzeugern wie den Verbrauchern nahegebracht. In der Tat hatte sicherlich unsere Sozialpolitik schon sehr stark unsere Volkswirtschaft in diesem Sinne beeinflußt und damit zu der glanzvollen Entfaltung deut-

scher Wirtschaftsmacht wesentlich beigetragen, wie denn auch in Zukunft in dieser Richtung das wirtschaftliche Heil gesucht werden muß. Deutschland ist nicht reich an Menschen, Ostasien, Rußland, die Vereinigten Staaten sind ihm da weit überlegen, Deutschland ist nicht reich an Rohstoffen, namentlich im Vergleich mit den Vereinigten Staaten, aber auch mit Rußland, an Kapital wird unser Vaterland in Zukunft bei weitem übertroffen wieder von den Vereinigten Staaten, aber auch von England und Frankreich; da liegt denn unsere Stärke und Hoffnung in der Güte und Bildungsfähigkeit der deutschen Menschen: die Eigenart deutschen Wesens, das hohe Maß von Schulung, Geschmack, Gemüt, muß in die nationale Warenproduktion übergeführt werden. Deutsche Qualität muß vorbildlich werden, nur dann können wir uns wirtschaftlich und sozial auf der Höhe halten.

Das alles sind scheinbar einfache, aber doch unendlich wichtige Erkenntnisse, die zum Gemeingut aller sozialpolitisch Tätigen werden sollten, dann würden viele Mißgriffe, viel Zank und Streit vermieden werden. Auch das politische Leben würde geklärt und gereinigt. Am meisten not tut die richtige Würdigung des Gesetzes der sozialen Solidarität bei den sich bis vor kurzem schroff befehdenden Parteien der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Wer da im Sinne der Aufklärung arbeitet — und jedermann ist dazu, sei es auch im kleinsten Kreise, berufen — erwirbt sich ein Verdienst um unser Vaterland. Wenn jetzt der Zug der Zeit dahingeht, die Arbeiter zur Mitverwaltung in der Industrie heranzuziehen, so *kann* das von segensreichem Einfluß auf das ganze soziale Leben werden, falls sich

beide Teile dadurch eben auf die naturgemäße Gemeinsamkeit ihrer Interessen besinnen. Was sich da vorbereitet, ist ja im Grunde ein Doppeltes: einmal sollen die Arbeiter bei der Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern zusammenwirken, indem die Vereinigungen, Arbeitgeberverbände wie Gewerkschaften, nun allenthalben langfristige Friedensverträge, Tarifverträge, miteinander abschließen. Maßgebend dafür waren die, wie man sagen darf, epochemachenden Konventionalvereinbarungen der beiderseitigen Verbände vom 15. November 1918, die ergänzt worden sind durch freilich noch ungenügende rechtliche Erleichterung in der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918. Zweitens muß den Arbeitern eine dauernde wirtschaftliche und sozialpolitische Interessenvertretung gesichert werden, die organisch mit den Arbeitgebern wie mit den öffentlichen Behörden zusammenarbeitet, die Arbeiter und Angestelltenräte, die als Betriebsarbeiterräte für die einzelnen Unternehmen als Bezirksarbeiterräte für bestimmte territoriale Bezirke und als Zentralarbeiterrat für das ganze Reich zu bilden wären und gebildet werden sollen. Damit würde einer alten Forderung genügt, es würde wie im Staat so auch im Industrieleben der Absolutismus, der Standpunkt, daß der Unternehmer der alleinige „Herr im Hause" sein müsse, ersetzt werden durch den modernen Grundsatz der konstitutionellen Verfassung. Gerade bei den Großbetrieben der Gegenwart müssen neben den Unternehmerinteressen auch die der Arbeiter Anerkennung und praktische Vertretung finden.

Wie früher schon bemerkt wurde, sollte das soziale Grundgesetz nun aber auch für die Gestaltung der gesamten Arbeitsverhältnisse und für die Durchführung aller Reformen, maßgebend sein. Das in den Einzelheiten zu zeigen, ist an dieser Stelle unmöglich, aber einige Leitsätze sollen doch wenigstens erklären, in welchem Geiste die beiden Hauptfragen des Arbeitsvertrages zu behandeln wären, denen allezeit und auch in diesen Tagen vornehmlich Aufmerksamkeit und Reformeifer zugewandt sind: die Fragen von Arbeitslohn und Arbeitszeit.

Daß der Lohn aus gewichtigen sozialen wirtschaftlichen Gründen nicht zu niedrig bemessen sein darf, daß er auch den geringsten unter den Volksgenossen ein auskömmliches Dasein ermöglichen sollte, das wurde früher schon mehrfach und nachdrücklich hervorgehoben. Umgekehrt ist aber gerade hier sorgfältige Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lebensbedürfnisse von nöten. Und gerade heute bestehen da ernsteste Gefahren, auf die nicht oft genug hingewiesen werden kann. Alle Deutschen werden auf lange hinaus zu einem entsagungsvollen, arbeitsreichen Leben gezwungen sein. Unendliche Lasten müssen getragen, ungeheure Neuarbeiten am deutschen Hause müssen ausgeführt werden, dabei darf unter keinen Umständen Deutschland sich vom Weltmarkt fernhalten lassen, wo nur preiswerte Produkte Absatz finden. Da sollte jede Vergewaltigung der Unternehmer, jeder Lohnbolschewismus auch seitens der Arbeiterschaft schärfstens bekämpft werden. Da sollte objektiv, wissenschaftlich, ohne jeden parteipolitischen Einschlag, untersucht werden, was kann

die Industrie leisten, bis zu welcher Grenze dürfen die Lohnforderungen gehen? Auch der Wissenschaft selbst stehen da noch bedeutende Aufgaben bevor.

Gewiß werden sich die Wohlhabenden und Reichen und namentlich auch die Großunternehmer erhebliche Verkürzungen ihrer Gewinne gefallen lassen müssen, manche Betriebe werden aus den Händen des Privatkapitals in das Eigentum der Gesellschaft überführt werden. Dabei ist dann besonders noch ein Gesichtspunkt zu beachten: Die Notwendigkeit einer intensiven gesellschaftlichen Spartätigkeit. Wird das Privatkapital sozialisiert, so muß auch das Sparen sozialisiert werden. Bisher lagen die Dinge so, daß die besonders Vermögenden ganz unbewußt und unbeabsichtigt eine wirtschaftlich höchst erfreuliche Sparfunktion übernahmen. Vor allem die wirklich Reichen, die großen und größten Unternehmer waren nicht in der Lage, auch nur einen erheblichen Bruchteil ihrer Einkünfte zu verbrauchen, in Lebensversorgung und Luxus umzusetzen. Vielfach lebten sie ganz einfach und sparsam, so daß sie genau gesehen nur die Verwalter ihres Besitzes waren und regelmäßig beträchtliche Ueberschüsse wieder in die Produktion stecken konnten. So wurden die Industriebetriebe erweitert, die nationale Produktion ausgedehnt, Arbeitsgelegenheit und Wohlstand verallgemeinert, es wurde eine künftige Blüte des Wirtschaftslebens möglich gemacht. Sollte der jetzt fast unwiderstehliche Zug zum Sozialismus bewirken, daß der gesamte wirtschaftliche Reinertrag der Nation — oder gar noch ein Teil des nationalen Vermögens

— zur Ausschüttung an die Volksgenossen gelangte, so würde das heißen, daß zwar der Konsum der unteren Klassen in einer an sich erfreulichen Weise gesteigert würde, daß aber von ökonomischen Ersparnissen nicht mehr die Rede sein könnte. Der heutige Lebensstand stiege, aber der Fortschritt wäre gehemmt, die Gegenwart würde bereichert, die Zukunft beraubt. Ein sozialistischer Staat müßte ein besonders starker Staat sein, der durch freiwillige Entsagung und Beschränkung der Lohnsätze die Sparfunktion des alten Reichtums ersetzen könnte.

So dürfte es sich denn herausstellen, daß in einem wirklich gesunden, sozusagen nach wissenschaftlichen Grundsätzen geleiteten Staatswesen die Löhne — leider — gerade im verarmten deutschen Reich auf lange Zeit hinaus hinter dem zurückbleiben müßten, was Menschenliebe und Hoffnungsfreudigkeit bisher wohl annahmen. Schon heute wird sicherlich mitunter über das Vernünftige, auch für das Proletariat Zuträgliche, wesentlich hinausgegangen. Mit erheblichen Lohnerhöhungen würde dann für die nächste Zukunft kaum zu rechnen sein. Die Lohnpolitik müßte auf Umwegen den sehr verständlichen Wünschen der jetzt notleidenden Klassen entgegenzukommen suchen. Die Lebenshaltung muß verbilligt werden, wodurch der Reallohn gesteigert wird, ohne daß unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt eine Beeinträchtigung erfährt. Die Parole einer aufgeklärten Arbeiterschaft sollte nicht in ersten Linie lauten: hohe Löhne! sondern: billige

Lebenshaltung! Also vermehrter landwirtschaftlicher Anbau, Bekämpfung des Schleichhandels mit äußerster Entschiedenheit, Einfuhr der notwendigen Rohstoffe, Verstärkung und Nationalisierung jeder Produktion, öffentlicher Wohnungsbau im großen Stil, namentlich Errichtung von Kriegerheimstätten nach den Leitsätzen der Bodenreformer usw.

Weiter rückt auch die Frage der Lohnformen oder Lohnmethoden bei einer solchen Betrachtung in eine neue Beleuchtung. So wie die Arbeiterschaft seit der Revolution die Löhne emportrieb, so sucht sie zugleich diejenigen Lohnformen überall auszuschließen, die eine intensive Arbeitsleistung erzwingen. Sie fordert und setzt es durch, daß alle die neueren, in den letzten Jahren siegreich vordringenden Methoden, der Werklohn, die Prämiensysteme, das Taylorsystem usw. aufgegeben und durch den alten primitiven Zeitlohn ersetzt werden. Aus doktrinärer Voreingenommenheit bleibt man bei der längst überholten Meinung von Marx, daß der Werklohn das „fluchwürdige System intensivster Ausbeutung die furchtbarste Quelle von Lohnabzügen und kapitalistischen Prellereien" sei, erklärt man den Werklohn oder Akkordlohn für Mordlohn. Behält man aber das soziale Grundgesetz scharf im Auge, so wird man — übrigens mit manchen Sozialisten z. B. Bernstein — die Ueberlegenheit der Lohnmethoden anerkennen, die den Arbeitsertrag am meisten steigen lassen. Wenn in den letzten Monaten aus allen Teilen des Reiches und aus allen Industriezweigen bitter geklagt wird über den Rückgang der Produktivität, so ist das zum Teil auf diese falsche,

auch vom Arbeiterstandpunkt aus verwerfliche Lohnformenpolitik zurückzuführen.

Auch die Frage der Arbeitszeit kann richtig nur beantwortet werden, wenn man vom sozialen Grundgesetz ausgeht. Wie die Erhöhung des Lohnes, so ist die Verkürzung des Arbeitstages sicherlich eine berechtigte und anerkennenswerte Forderung. Das Leben des Arbeiters gestaltet sich freier und glücklicher, seine Familie entwickelt sich gesund und fröhlich, ja Politik und Kultur des ganzen Landes werden in ihrem Niveau gehoben, wenn der Arbeiter etwa, wie in Deutschland seit dem November 1918, statt durchschnittlich 10 Stunden nur 8 Stunden zu arbeiten hat. Viele verständige Arbeiter schätzen diesen Gewinn noch höher selbst als Lohnvorteile ein: „Uns fehlt nur eine Kleinigkeit, nur Zeit." Welche Vorteile eine derartige Hebung des „Arbeitermaterials" auch rein wirtschaftlich bringen kann, wurde früher schon bemerkt. Bereits zu Anfang des 19. Jahrhunderts hatte Robert Owen in England, und nach ihm haben viele Gelehrte und Industrielle, in Deutschland besonders Brentano und Abbé, nachgewiesen, daß eine Verkürzung des Arbeitstages vom Standpunkt der Unternehmer und der Allgemeinheit gewinnbringend sein kann: Es wird schneller gearbeitet, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen werden geschont, das Produkt ist besser, die Unfälle mindern sich, der Arbeiter wird weniger früh verbraucht.

Allerdings haben nun neuere Untersuchungen — die noch vielfacher Ergänzung bedürfen— ergeben, daß auch hier, wie überall, Nachteile hervortreten, daß überstarke

Verkürzung zu ganz erheblichen privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schädigungen werden können. Jede Beschränkung der Arbeitszeit bedeutet eine schlechte Ausnutzung und Verzinsung der investierten Kapitalien, bei vielen Arbeitsarten steigt die Leistung in der Zeiteinheit etwa in einer Stunde wenig oder überhaupt nicht; Beispiele: einfache Reinigungsarbeiten, Bewachungsdienste, Hilfsarbeiten an Maschinen, die ihrerseits das Arbeitstempo bestimmen. Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet da auch Lohnsinken dieser Arbeitergruppen. Im allgemeinen kann man sagen, daß nur bei höher qualifizierten Arbeitern, bei denen der Anteil an der Produktion besonders groß ist, eine Zeitverkürzung von Vorteil sein kann, und auch hier nur in gewissem Ausmaß; wird die Arbeitszeit noch weiter beschnitten, so ist das, wenigstens wirtschaftlich, nicht zu rechtfertigen. Es findet sich, daß für jede Industrie, für jedes Unternehmen, für jede Abteilung, ja für jeden Arbeiter die Verhältnisse verschieden liegen. Es gibt also genau genommen keineswegs eine ein für allemal richtige Höchstarbeitszeit, sondern es gibt für jeden Arbeiter eine ökonomische Normalzeit, ein Maximum und Optimum der Arbeitszeit, über das hinauszugehen wirtschaftlich schädlich wäre, unter dem zu bleiben aber gleichfalls den Wirtschaftsinteressen widerspräche. Wenn jetzt ein achtstündiger Maximalarbeitstag eingeführt worden ist, so werden alle individualisierenden Momente — die verschiedene Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die Arbeitsart, die allgemeine Betriebseinrichtung, das Lohnsystem usw. — außer acht gelassen. Die Lichtseiten einer solchen Normierung mögen

vielleicht ihre Schattenseiten übertreffen — indessen eine wirklich wissenschaftliche Betriebsführung würde auf eine solche Generalisierung verzichten, sie würde zum mindesten für jedes Unternehmen, wenn nicht für jeden Arbeiter, die ökonomische Normalzeit zu ermitteln versuchen. —

Das materielle Leben Deutschlands in den nächsten Jahren wird orientiert sein müssen nach zwei Idealen: Hebung der unteren Klassen ist das eine, Fortentwicklung der Volkswirtschaft das andere. In der Praxis begrenzen sie sich gegenseitig, in tieferem Sinne betrachtet aber sind sie sich die besten Helfer, sind sie die beiden Motore, durch welche die wirtschaftliche Kultur immer höheren Zielen entgegengeführt wird.

III. Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Unter den mannigfaltigen sozialen Problemen der Gegenwart ist eins der dringlichsten und zugleich der Lösung fernsten: die furchtbare Not der Arbeitslosigkeit. Arbeitslose hat es natürlich zu allen Zeiten gegeben, aber die permanente Massenarbeitslosigkeit ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die durch eine Ueberfülle von technischen Fortschritten wenigstens in der Anfangszeit Menschen in wachsender Zahl brotlos machte. Aber auch in den letzten Jahrzehnten noch, als die Uebergangsbeschwerden überwunden, war in allen Kulturländern regelmäßig ein erheblicher Bruchteil von Arbeitskräften brach gelegt, sie bildeten gewissermaßen den elastischen Puffer, durch den sich die volkswirtschaftliche Maschine ihre Ausdehnungsfähigkeit, ihre Anpassung an die schwankenden Konjunkturen erhielt. Zahlenmäßig läßt sich die Arbeitslosigkeit ziemlich schwer erfassen, zumal sie zeitlich, räumlich, gewerblich ungeheuren Schwankungen unterworfen ist. Zieht man aus den verschiedenen örtlichen und fachlichen Erhebungen den Durchschnitt, so darf man schätzen, daß vor dem Krieg rund 2—3 % der gesamten Arbeiterschaft *normalerweise* arbeitslos waren. Bei einem Arbeiterheer von schon 21 Millionen Köpfen war das eine

„Reservearmee" von 5—600 000 Menschen. Von vielen Seiten wurden weit höhere Ziffern genannt, und in der Tat stieg in der Tiefkonjunktur, wenn besonders wenig Arbeit zu vergeben war, der Prozentsatz oft auf 5—10 %, mitunter sogar auf 10—30 % und mehr. Anderseits war aber die Arbeitslosigkeit in den Zeiten der Hochkonjunktur, bei starker Beschäftigung alle Betriebe, häufig geringer, sank sie wohl auf ½ % oder schwand zeitweise gänzlich. Die stärkste Arbeitslosigkeit wiesen natürlich die Berufe auf, wo periodisch stille und lebhafte Geschäftszeiten aufeinander folgten. In ihnen gab es einen periodischen Arbeitsmangel, der oft zur allgemeinen Arbeitsruhe wurde; man denke an die Saison- und an die Winterarbeitslosigkeit, unter der die Mode- und Spielwarenindustrien, aber auch die Landwirtschaft, die Binnenschiffahrt, die Baugewerbe zu leiden hatten. Im übrigen ist die Arbeitslosigkeit stärker in der Stadt als auf dem Lande und in der Stadt wächst sie mit deren Größe.

Wie nun die politischen Umwälzungen der letzten Jahre diese Erscheinungen beeinflußt haben, ist noch in aller Erinnerung. Bei Kriegsausbruch und bis zum Frühjahr 1915 wurden Arbeiter in Menge brotlos wegen der gewaltigen wirtschaftlichen Umschaltung jener erregten Zeit. Es waren Monate allgemeiner Unruhe und Unsicherheit, das Kreditsystem war erschüttert, die Zufuhr vom Ausland, die Ausfuhr ins Ausland stockte, viele Betriebe gingen ein oder nahmen Entlassungen vor. Dann aber kam erst langsam, bald in schnellerem Tempo eine überraschende Hochkonjunktur allergrößten Stiles. Das Reich vergab Auf-

träge in ungeheurem Umfang, das Geld floß in Strömen durch das Land, die Betriebe wurden erweitert, viele neue Unternehmen entstanden, alle Welt spekulierte; bedenkt man noch, daß Millionen von Männern eingezogen wurden, so ist es sehr begreiflich, daß an die Stelle der Arbeitslosigkeit der allerschärfste Arbeitermangel treten mußte.

Welche Veränderungen nun die Zeit der Demobilmachung und des Friedens bringen würde, darüber stellten die Fachleute in den letzten Kriegsmonaten sehr verschiedene Vermutungen an. Die vorherrschende Ansicht war durchaus optimistisch. Man erhoffte einen Sieg der deutschen Waffen oder doch einen erträglichen Abschluß des Weltkrieges und kündigte an, daß nur ein geringfügiger und schnell vorübergehender Mangel an Beschäftigung zu erwarten sei. Auf die Dauer würden der Aufbau des neuen Deutschland, die Erneuerung der Heereseinrichtungen, die Tilgung der Schäden, die rückständigen Ausbesserungen, der ungeheure Warenhunger alle Hände in Anspruch nehmen, um so mehr als mit einem Verlust vieler Hunderttausende von rüstigen Arbeitern — der Gefallenen und Invaliden — zu rechnen sei.

Die Ziffern die man nannte, waren richtig, aber die Voraussetzung hat, leider Gottes, nicht gestimmt, der Krieg ging zu Ende mit einem furchtbaren Zusammenbruch im Felde und in der Heimat. Es kam die Niederlage, die Revolution und die beispiellose wirtschaftliche Krisis, in der wir lange noch stecken bleiben werden. Gesunken ist das Angebot von Arbeit, gestiegen ist die Nachfrage. Auf der einen Seite sind die Kriegsindustrieen lahmgelegt, die Ab-

sperrung von Bezug und Lieferung durch die Entente dauert an, auch wenn sie aufgehoben, wird es Jahrzehnte währen, bevor die zerrissenen weltwirtschaftlichen Beziehungen wieder angeknüpft sind. Die inneren Unruhen, die allgemeine Beängstigung, die Verkehrsstörungen, die wahnsinnigen zu erwartenden Steuern — alles das tut ein übriges. Auf der anderen Seite die Vermehrung der Arbeitskräfte, Millionen deutscher Männer, die endlich das Schwert haben niederlegen dürfen und nun nach Pflug und Hammer greifen möchten, aber ins Leere tasten! Alle diese Uebelstände äußern sich natürlich in der ersten Nachkriegszeit am heftigsten; namentlich in den großen Städten sind viele Tausende zum Feiern gezwungen (übersichtliche Statistiken fehlen noch). Wenn künftig Ruhe und Ordnung in unser gequältes Vaterland wieder einkehren, so mögen diese Uebel sich langsam mindern, aber mit einer erheblich größeren Arbeitslosigkeit als früher ist auf viele Jahre zu rechnen.

Damit ist aber gesagt, daß eine Abhilfe, eine Bekämpfung dieses sozialen Leidens jetzt und in Zukunft noch von ganz anderer Dringlichkeit ist, als sie es in der Vorkriegszeit schon gewesen. Jeder, der an den öffentlichen Angelegenheiten äußeren oder inneren Anteil nimmt, muß sich klar machen, welch furchtbare Leiden gerade der Zustand ungewollten Feierns bedeutet, welche schwere Bedenken er vom Standpunkt des Arbeiters, also sozial, wie auch vom Standpunkt der Allgemeinheit, also wirtschaftlich und politisch, erwecken muß. Wer will die Summe der Not, der Demütigung und der Verelendung berechnen, die

den Arbeiter und seine Familie in solchen Tagen bedrängen? Carlyle hat vielleicht nicht so unrecht, wenn er erklärt, das größte Unglück, daß uns die Ungleichheit des Schicksals unter der Sonne sehen lasse, sei der Mann, der arbeiten wolle und keine Arbeit finde. Aber auch der verhängnisvolle Zusammenhang mit den öffentlichen Interessen ist ja bekannt genug. Auch statistisch läßt sich einwandfrei nachweisen, wie die Arbeitslosigkeit bei den Betroffenen zur Folge hat: Krankheiten, Verbrechen, namentlich gegen das Eigentum, wie sie die Arbeiterinnen zur Prostitution verführt, wie sie erfahrungsgemäß eine staatslose Gesinnung der Massen, Anarchie, Revolution immer erzeugt hat und noch erzeugt. Berücksichtigt man ferner die bedeutenden jährlichen Ausfälle an nationaler Produktion, so muß man zugestehen: die Arbeitslosigkeit ist wahrlich „eine große, offene, brennende Wunde am Körper unserer Volkswirtschaft" (Schmoller); daß sie von selbst verheilt, ist unwahrscheinlich, im Gegenteil, sie scheint noch tiefer einzufressen. Da fragt es sich doch, was kann man tun? Welche Maßnahmen einer vernünftigen Vorbeugung oder Heilung können und sollen da angewandt werden?

So wie nun ein guter Arzt ein Leiden zuerst einmal gründlich zu erkennen trachtet, bevor er irgendwelche Heilmittel anwendet, muß man auch hier vorab das Uebel etwas genauer ins Auge fassen, prüfen, was denn eigentlich Arbeitslosigkeit ist. Es findet sich nämlich, daß da keineswegs ein einfacher und klarer, sondern ein außerordentlich verworrener Tatbestand vorliegt. Es gibt nicht eine Arbeitslosigkeit schlechtweg, sondern es gibt tausend ver-

schiedene Arten, die ganz verschieden beurteilt und behandelt werden wollen. Zwischen Arbeitslosen und Arbeitslosen ist sozial und wirtschaftlich oft ein himmelweiter Unterschied. Will man eine Uebersicht gewinnen, so muß man zwei Hauptarten scharf auseinanderhalten, die man als subjektive und objektive Arbeitslosigkeit bezeichnen kann. Subjektiv arbeitslos ist der, dessen Untätigkeit auf irgendeine Weise in seiner Person begründet ist, objektiv arbeitslos ist der, dessen Arbeitslosigkeit nicht irgendwie auf sein Zutun zurückgeführt werden kann. Anders gesprochen: subjektiv arbeitslos sind diejenigen, die nicht arbeiten können oder wollen. Es mag sein, daß irgendwelche körperliche oder geistigen oder sittlichen Gebrechen sie hindern, eine Stelle zu bekommen, wie Krankheit, Alter, Invalidität, Beschränktheit, Minderwertigkeit, Trunksucht, oder aber sie sind arbeitsscheu, Bummler, Landstreicher, Verbrecher, sie sind unerträgliche Krakehler, oder sie sind in einem Arbeitskampf begriffen: auch der streikende Arbeiter gehört hierher. Diese ganze große subjektive Arbeitslosigkeit interessiert in dieser Uebersicht nicht, an alle die genannten, beklagenswerten Kategorien denkt niemand, wenn von der Arbeitslosigkeit als sozialer Erscheinung die Rede ist; nur die objektiv Arbeitslosen werden dann gemeint. Jener obengenannten Gruppen, die zur Arbeit unfähig oder unwillig sind, nimmt sich die allgemeine Sozialpolitik, der Arbeiterschutz, die Arbeiterversicherung, aber auch die soziale Fürsorge usw. an.

Bei der objektiven Arbeitslosigkeit dagegen handelt es sich um die normalen, vollwertigen Arbeiter, um diese-

nigen Leute, die arbeiten wollen und können, aber keine Arbeit bekommen. Auch bei dieser zweiten Hauptart muß man wieder manche Einzelgruppen auseinanderhalten, von denen aber zwei die weitaus wichtigsten sind. Warum bleiben die Arbeiter ohne Beschäftigung? Zum Teil wegen der „Unauffindbarkeit" der Arbeit: es sind Stellen vorhanden, es werden Arbeitskräfte irgendwo gesucht, aber Angebot und Nachfrage treffen sich nicht, es fehlt an der nötigen Organisation des Arbeitsmarktes — zum anderen Teil erklärt sich die objektive Arbeitslosigkeit einfach aus dem „Arbeitsmangel", es ist nicht genug Arbeit vorrätig, darum muß das überschüssige Angebot ungedeckt bleiben.

Schließen wir uns an diese beiden Hauptarten objektiver Arbeitslosigkeit an, so ist die erstgenannte Ursache „Unauffindbarkeit" der Arbeit selbstredend ganz besonders beklagenswert, man möchte sagen ärgerlich und peinlich, weil sie vermieden werden kann. Ist der Arbeitsmarkt noch unübersichtlich, so muß er eben besser organisiert werden, das ist eine einfache, klare und technisch ohne große Schwierigkeiten zu lösende Aufgabe. Gerade in Deutschland ist die Arbeitsvermittlung noch auffallend schlecht und rückständig, trotzdem sich viele einsichtige Sozialpolitiker schon seit 25 Jahren um eine große Reform bemühen, und trotzdem namentlich der Verband deutscher Arbeitsnachweise schon Bedeutendes geleistet hat. Der Weg ist bekannt, er muß nur energisch beschritten werden. Praktisch liegen die Dinge so, daß heute nur zwei Arten von Arbeitsnachweisen noch von Belang sind. Es sind das 1. die Arbeitgebernachweise, die eben von den Unternehmern

begründet, unterhalten und verwaltet werden; sie werden von den Gewerkschaften bekämpft, die nicht ohne Grund befürchten, es möchten durch diese Einrichtung mißliebige Arbeiter zurückgesetzt und geschädigt, es möchten ferner in Zeiten des Kampfes durch sie Streikbrecher herangezogen werden können. Daneben sind 2. wichtig die öffentlichen, paritätischen Arbeitsnachweise, die von gemeinnützigen Vereinen oder häufiger von den Kommunen geleitet und erhalten werden, aber unter Mitwirkung beider Teile, der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, bei der Verwaltung. Man darf sagen, daß der Gedanke dieser öffentlichen, paritätischen Arbeitsnachweise fast auf der ganzen Linie gesiegt hat. Das Ziel muß sein, daß über das ganze Reich hin ein engmaschiges Netz von solchen Nachweisen ausgebreitet werde, so daß in jedem kleinsten Dorf Angebot und Nachfrage angemeldet werden können. Die Nachweise werden zu Verbänden zusammengefaßt, innerhalb deren durch Listenaustausch und Telefon eine Vermittlung, soweit sie am einzelnen Ort nicht möglich war, noch versucht wird. Die Verbände müssen dann in einem Gesamtverband zum weiteren Ausgleich vereinigt werden, so daß in ganz Deutschland alle überhaupt verfügbare Arbeit, soweit Arbeiter vorhanden, auch vergeben wird. Es ist das ein Ziel, das erreicht werden kann und erreicht werden muß, sowohl um der Arbeiter wie um der Unternehmer wie um der ganzen Volkswirtschaft willen, die heute auf niemandes Arbeit verzichten kann. Jeder Leistungsfähige muß zur Arbeit herangezogen werden. Wenn der Markt für Börsenpapiere glänzend entwickelt ist, wenn selbst Absatz und Bedarf

an Vieh im großen organisiert sind, dann sind die Mängel der Arbeitsmarktorganisation ganz unerträglich. Sie restlos zu beseitigen wäre ein wichtiges Stück „Menschenökonomie". England hat sich bereits seit 1909 ein tadellos funktionierendes System von „Arbeitsbörsen" geschaffen. Auch in Deutschland sind seit 1915 erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Es gibt jetzt eine Reichszentrale der Arbeitsnachweise und 25 Zentralnachweise. Das noch Fehlende müßte schnellstens ergänzt werden.

Immerhin kann der Arbeitsnachweis nur Arbeit vermitteln, nie Arbeit schaffen. Auch bei einer idealen Organisation des Arbeitsmarktes bleibt ein großer Teil der Arbeitslosen unversorgt, im Frieden wären es etwa zwei Drittel der Gesamtzahl gewesen. Das sind Leute, für die es eben wirklich an Arbeit mangelt, was aus zahllosen Gründen der Fall sein kann: neue Maschinen können Arbeit ersparen, Kriege, Elementarkatastrophen, Mißernten, Fehlspekulationen führen Krisen herbei, die Moden wechseln, der Winter zwingt zu Arbeitseinstellung usw. Wiederum ist zu fragen: was kann da geschehen? Welche Möglichkeiten bieten sich uns auch jetzt in einer Periode versiegender Arbeitsgelegenheiten?

Was geschehen kann, ist ein Zweifaches: es muß 1. Arbeit beschafft, es müssen 2. die Arbeitslosen versorgt werden.

1. Die Arbeitsbeschaffung. Sie kam bisher hauptsächlich nur in einer Form vor, in der Einrichtung von sogenannten Notstandsarbeiten. In den Zeiten abnormen Arbeitsmangels stellten unsere Städte, mitunter auch der

Staat, einfache Beschäftigung, die für alle Arbeiterkategorien passen sollten, bereit, wie Erdarbeiten, Schneeschippen, Korbflechten, Papiersortieren, Holzhacken. Das war unbefriedigend vom Arbeiterinteresse aus; kein klassenbewußter Proletarier entschloß sich ohne größte Not zu einer derartig niedrigen und schlecht entlohnten Tätigkeit. Ebenso hielten einsichtige Kommunalpolitiker nicht viel von einer Arbeitsweise, bei der mit Unlust und daher schlecht und wenig gearbeitet wurde. Nach dem Kriege kommen Notstandsarbeiten nur für Jugendliche und ungelernte Arbeiter in Frage.

Dagegen erfreut sich eine andere Art von Arbeitsbeschaffung heute besonderer Beliebtheit bei Theoretikern und Praktikern. Man würde sie besser als Arbeitsverschiebung bezeichnen, denn nicht etwa soll die neue Beschäftigung gleichsam aus dem Boden gestampft, sondern es soll in guten wie schlechten Zeiten die Arbeit von den öffentlichen Körpern, wie von den privaten Unternehmern, namentlich den Großbetrieben, *grundsätzlich* so verteilt werden, daß alle Arbeiten, die nicht zu bestimmten Terminen ausgeführt werden müssen, auf die Perioden starker Arbeitslosigkeit verschoben werden. Es giebt namentlich bei Reich, Staat und Gemeinde eine Menge von dazu geeigneten Arbeiten: namentlich Bauarbeiten: Hochbauten, Tiefbauten, Eisenbahn- und Kanalanlagen, Bau von Gartenstädten, ferner Druckarbeiten, Moorkultivierungen usw. Sicher ist an sich gegen diese Arbeitsverschiebung nichts einzuwenden, im Gegenteil, sie verdient jede Förderung und sollte ein fester Bestandteil der öffentlichen Haushaltspolitik

werden — was sie trotz vieler Bemühungen noch immer nicht geworden ist. Es mag sein, daß man damit die Arbeitslosigkeit im Laufe der Zeit erheblich beschränken könnte. Sie auf diesem Wege ganz zu beseitigen, wie englische Sozialpolitiker gemeint haben (S. und B. Webb), ist aber nicht erreichbar. In der Not unserer Zeit müssen natürlich alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber ganz besonders darauf bedacht sein, durch Arbeitsverschiebung zu helfen, also künftig notwendig werdende Werke schon jetzt ausführen zu lassen, wie das denn auch in beachtenswertem Ausmaß versucht wird. Freilich zunächst ohne großen Erfolg, weil viele solcher Arbeiten monate- oder jahrelange Vorarbeiten erfordern. Aber auch wenn mit aller Tatkraft und von langer Hand derartige Verschiebungen vorbereitet werden, würde eine große, allzugroße Arbeitslosenschar verbleiben, die sogar für die Vorkriegszeit auf etwa 250 bis 300 000 Köpfe geschätzt werden mußte, in Zukunft aber noch weit höher sein wird.

Soweit die Arbeitsbeschaffung nicht genügt, die Arbeitslosigkeit aber unvermeidlich ist, müssen die unbeschäftigten und nicht verdienenden Arbeiter z. irgendwie versorgt werden. In Betracht kamen da zunächst zwei Möglichkeiten, entweder der Arbeiter lebte von seinen Ersparnissen — natürlich kam das häufig vor und war sozial ein erfreulicher Ausweg. Indessen lehren die Tatsachen, daß viele Arbeiter nicht sparen können oder wollen, für diese war dann oft die einzige Versorgung die Armenpflege, mit all ihren Demütigungen, Zurücksetzungen und Schädigungen. Da man aber einen ordentlichen Arbeiter nie-

mals auf diese Zuflucht verweisen darf, da die Armenpflege überhaupt dazu bestimmt ist, möglichst bald zu verschwinden, ersetzt zu werden durch höhere Formen sozialer Fürsorge — so hat man schon seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts einen weiteren dritten Ausweg empfohlen und eingeschlagen, die Arbeitslosenversicherung, die bisher noch in den Anfängen steht, noch immer mangelhaft organisiert ist, *der aber die Zukunft gehören wird, weil sie das wichtige Schlußstück jeder vernünftigen Arbeitslosenpolitik darstellt.*

Der Zugang zu einer solchen Arbeitslosenversicherung ist nun freilich mit lauter Fallstricken und Fußangeln belegt, sie wäre der praktisch schwerste Teil der ganzen Sozialversicherung, jedoch sind alle Hindernisse sehr wohl zu überwinden, wenn nur ein fester Wille den Weg sucht. Von allen diesen Schwierigkeiten ist *eine* weitaus die bedeutsamste, gelingt es ihrer Herr zu werden, was manche Kenner bezweifeln, so ist das eigentliche Problem gelöst, kommt man nicht über sie hinweg, so ist die Versicherung gerichtet, so ist sie verurteilt, praktisch undurchführbar zu bleiben. Alle kleineren Fragen können daher übergangen werden. Das große Bedenken ist dieses: *Ist es möglich das Vorhandensein objektiver Arbeitslosigkeit festzustellen? Ist es möglich, in der Praxis subjektive und objektive Arbeitslosigkeit auseinanderzuhalten?* mit anderen Worten wird es gelingen, diejenigen fern zu halten, die nicht arbeiten können oder wollen, die Kranken, die Alten, die

Minderwertigen, dann das Heer der Freiwilligen, der unruhigen Elemente, der Faulenzer, Müßiggänger und Landstreicher? Wie will man verhüten, daß diese, die keinen Anspruch auf die Versicherung haben dürfen, die Kassen stürmen und ausbeuten? Das also ist die Kernfrage. Wie sucht man sie zu beantworten? Die Hauptvorschläge wollen wir kennen lernen, im wesentlichen stehen vier ernst zu nehmende Projekte zur Erörterung.

Der erste Vorschlag, der praktisch bisher zu den größten Erfolgen geführt hat, besteht darin, daß man die Arbeitslosenversicherungen den Organisationen der Selbsthilfe, also den Gewerkschaften, überläßt. Die großen Gewerkschaftsverbände verfügen über bedeutende Geldmittel. Ihre Versicherungseinrichtungen stehen naturgemäß unter der Kontrolle aller angeschlossenen Arbeiter, die schon dafür sorgen werden, daß nicht etwa Untaugliche oder Müßiggänger sich auf Kosten der gemeinsamen Kasse bereichern. Das obengenannte Kernproblem ist hier also verhältnismäßig günstig gelöst. Alle wichtigen Gewerkschaftsverbände unterhalten auch Arbeitslosenkassen, die z. B. allein bei den freien Gewerkschaften in der Zeit von 1903 bis 1912 ungefähr 65 000 000 Mark für diese Zwecke gezahlt haben. Trotz solcher beträchtlichen Leistungen sind die Gewerkschaften für eine umfassende Arbeitslosenversorgung zu schwach. Die Unterstützungssätze sind sehr niedrig, zudem ist in Deutschland im ganzen nur etwa ein Sechstel der gesamten Arbeiterschaft organisiert.

Ein zweiter Lösungsversuch schließt sich eng an diese gewerkschaftliche Fürsorge an. Es ist dies das sogenannte

Genter System, zuerst eingeführt in Belgien nach den Vorschlägen von Varlez seit 1901, sehr verbreitet in Belgien aber auch als Staatseinrichtung in Frankreich, Norwegen und Dänemark in Uebung. Ebenso hatten in Deutschland viele Kommunen das Genter System übernommen, meist mit geringeren oder größeren Abänderungen; auch das sogenannte Straßburger wie das Kölner System suchten in Wahrheit doch den Gedanken der belgischen Arbeitslosenversicherung nur etwas zu verfeinern, indem die Zuschüsse nach Gefahrenklassen abgestuft wurden. Der Gedanke des Genter Systems ist von genialer Einfachheit; man überläßt den Gewerkschaften ihre Versicherung ebenso wie die Aufsicht, unterstützt ihre Kassen aber durch öffentliche Zuschüsse — der Gemeinde oder des Staates.

Einen dritten erwähnenswerten Plan hat der Würzburger Nationalökonom Professor Schanz schon sehr früh, schon in den 90er Jahren in wertvollen Veröffentlichungen entwickelt. Es ist der Gedanke des Sparzwanges, auf den die Fachleute immer wieder, auch in jüngster Zeit, zurückgekommen sind. Die Arbeiter — dahin geht in kurzer Formulierung der Vorschlag — sollen durch den Staat gezwungen werden, in der Zeit ihrer Beschäftigung kleine Summen in Kassen einzuzahlen, sie können dabei durch den Arbeitgeber und durch den Staat unterstützt werden. Die Guthaben bleiben bis zum Betrag von 100 Mark gesperrt und werden im Fall der Arbeitslosigkeit in kleinen Teilsummen den Arbeitern ausbezahlt. Darin sehen manche das Ei des Columbus, denn da werde das Eigeninteresse des Arbeiters vorgespannt, es sei kein Anreiz zum Aus-

beuten einer gemeinsamen Kasse vorhanden, weil jeder seine eigene Kasse habe. Indessen hat dieser Plan sein „Aber". Von mehreren Bedenken ist das wichtigste, daß Schanz überhaupt keine Versicherung, also keine Verteilung des Risikos auf breite Schultern vorsieht, bei jedem längeren oder wiederholten Ausfall der Arbeit reichen die kleinen Ersparnisse nicht hin.

Jedenfalls wäre ein allgemeiner Sparzwang, also auch für die Gewerkschaftsmitglieder, denen bessere Einrichtungen zur Verfügung stehen, zu verwerfen. Man könnte nur, wie ich das seit Jahren vorgeschlagen habe, einen naheliegenden Ausweg wählen, der merkwürdigerweise wenig beachtet worden ist. Eine sehr einfache, mühelose und wirksame Versicherung käme zustande, wenn man die Vorschläge 2 und 3 (Genter System und Sparzwang) kombinierte, man könnte etwa vorsehen einen allgemeinen Reichssparzwang für die nichtorganisierten Arbeiter, die ein Guthaben von 200 Mark ansammeln müssen, von denen sie selbst 100 Mark aufbringen und das Reich 100 Mark zuschießt. Außerdem bliebe die Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften bestehen und würde seitens des Reiches entsprechend der Mitgliederzahl in ähnlicher Weise unterstützt. Vor dem Krieg und der Revolution war eine derartige Zwischenlösung aus vielen Gründen zu bevorzugen. Die gewaltigen persönlichen und sachlichen Kämpfe um eine eigentliche Arbeitslosenversicherung würden vermieden. Ferner fehlte es fast gänzlich an einer statistischen Grundlage, wie an dem notwendigen Ausbau des Arbeitsnachweises — was beides unerläßliche Voraussetzungen eines

großartigen geschlossenen Versicherungssystems sind. Heute aber darf man, ja, muß man an die Arbeitslosenversicherung höhere Ansprüche stellen.

Endlich käme dann ein vierter gangbarer Weg in Betracht, der allein zu einer wahrhaft befriedigenden Lösung führt. Es muß eine allgemeine Reichsarbeitslosenversicherung in enger Verbindung mit den Arbeitsnachweisen geschaffen werden. Diese Versicherung würde also zunächst eine allgemeine sein. Alle Lohnarbeiter und Privatangestellten bis zu einem gewissen Höchsteinkommen von jetzt etwa 4000 bis 5000 Mark wären der Versicherungspflicht unterworfen. Sodann müßte es eine Reichsversicherung sein, nicht eine Versicherung der Einzelstaaten oder der Kommunen. Die sehr zahlreichen kommunalen Versicherungskassen sind alle ganz bedeutungslos geblieben oder haben Schiffbruch erlitten. Es handelt sich hier offenbar um eine Reichsangelegenheit, da die Arbeitslosigkeit sich nicht auf einzelne Gemeinden beschränkt, sondern in der Regel größere Landesteile oder das ganze Reich betrifft. Die kommunale Arbeitslosenversicherung hat infolgedessen eine Reihe von schweren Fehlern. Sie ist 1. nicht allgemein genug, weil viele Gemeinden sich ausschließen werden. Es wird 2. der Zug zur Stadt verstärkt, die vorhandenen Arbeiter werden in der Stadt festgehalten. Es wird eine unnatürliche und unerwünschte Seßhaftigkeit geschaffen, da die Arbeitslosen keine Lust haben, die Gemeinde zu verlassen und anderwärts Arbeit zu suchen, wenn sie in der Gemeinde unterstützungsberechtigt sind. Es fehlt 3. ein genügender Risikoausgleich,

da die kommunalen Kassen bei einer lokalen Krise überlastet, ja vernichtet werden können (Bezirke mit Spezialindustrien: Pforzheim, Krefeld, Plauen usw.). Es ist 4. die Zahl der Gefahrenklassen zu klein, es müssen Arbeiter mit recht verschiedenem Risiko zusammengebracht werden, was eine ungerechte Ueberlastung einiger, eine Unterlastung anderer Arbeiter bedeuten würde. Kurz und gut, es kann kein Zweifel sein, daß das Reich sich dieses Versicherungszweiges annehmen, ihn einreihen muß in das Gesamtsystem unserer Sozialversicherung, wie das auch die immer einmütigere Ueberzeugung der Beurteiler aus Theorie und Praxis geworden ist.

Diese Reichsversicherung muß sich dann anschließen an das Arbeitsnachweissystem des Reiches. Ein großes Vorbild ist vorhanden. In England hat Lloyd George schon 1911 nach einem zwar noch rohen, aber kühnen und wertvollen Entwurf eine derartige nationale Versicherung geschaffen, die seit dem 15. Juli 1912 in Kraft getreten ist. Freilich umfaßt sie nur sieben besonders gefährdeten Berufe mit damals 2½ Millionen Angehörigen, vor allem die Arbeiter des Bauwesens, einschließlich des Schiffsbaues. Die Kontrolle über die Arbeitslosen liegt hier in den Händen der Arbeitsnachweise, die kurz zuvor, 1909, zu einem nationalen Netz vereinigt worden waren.

In ähnlicher Art müßte man auch in Deutschland versuchen, die Schwierigkeiten dieses Versicherungszweiges zu beheben. Die Voraussetzung wäre also ein großartiger Aus-

bau der Arbeitsnachweise über ganz Deutschland hin, so daß diesen überhaupt alle verfügbare Arbeitsgelegenheit bekannt wird. Meldet sich dann ein Arbeiter arbeitslos, so sucht ihm der Nachweis, an den er sich zu wenden hat, zunächst Arbeit zu verschaffen. Ist Arbeit vorhanden, so ist geholfen, so heißt es: Hic Rhodus hic salta! Wenn keine Arbeit beschafft werden kann, dann ist jetzt anzunehmen, daß in der Tat Arbeitsmangel besteht und daß der Arbeiter als objektiv Arbeitsloser der Unterstützung bedürftig und würdig ist. Natürlich könnte kein Zwang ausgeübt werden — das widerspricht unserem modernen Persönlichkeitsempfinden. Aber wer eine passende Arbeit nicht annimmt, der erhält natürlich auch keine Rente. Freilich liegen da manche Einwände sehr nahe. Was ist passende Arbeit? In vielen Fällen wird der Arbeiter mit Recht Bedenken gegen bestimmte Arbeitgeber oder gegen den angebotenen Lohnsatz oder gegen die Art der Arbeit erheben usw. Er wird sich etwa weigern, seinen Wohnort zu verlassen, oder die Industriearbeit aufzugeben und zur Landwirtschaft überzugehen. Solche Ablehnungen können berechtigt, oder auch unberechtigt sein — je nachdem. Es lassen sich da gewisse Leitsätze aufstellen, nach denen z. B.: jugendliche und unverheiratete Arbeiter auch in entfernteren Gegenden Beschäftigung anzunehmen haben. Im übrigen müssen paritätisch zusammengesetzte Kommissionen unter vernünftiger Würdigung des einzelnen Falles entscheiden. Allzu schematisch darf es dabei nicht zugehen, vor allen Dingen muß Rücksicht genommen werden auf den Grad der herrschenden Arbeitslosigkeit. In einer Zeit sehr bedrohlichen und wach-

senden Arbeitmangels wie jetzt, muß dem Arbeiter im nationalen Interesse manche Arbeit zugemutet werden können, auf die er unter leidlich normalen Umständen verzichten darf. Wenn heute in der Landwirtschaft ein schreiender Arbeitermangel herrscht, wenn es auch im Bergbau an Arbeitern, wenn es überall an Hauspersonal fehlt, so müßte da in einer Zeit furchtbarer Wirtschaftsnot ein Ausgleich, auch mit gelindem Zwang, geschaffen werden können.

Man hat in der Revolution allgemein anerkannt, daß es die Pflicht des modernen Staates ist, alle seine Kinder wenigstens notdürftig zu versorgen. Der Grundgedanke der Bismarckschen Sozialversicherung war ja, daß jedem Deutschen ein Recht auf Existenz gesichert werden solle. Erst dann, wenn die Reichsversicherung auch den Fall der Arbeitslosigkeit umfaßt, hat sie diesen ihren Grundgedanken erfüllt. Wie denn auch der neue Gesetzentwurf über die Sozialisierung besagt: „Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu erhalten. Soweit er Arbeitsgelegenheit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes der notwendige Unterhalt aus Reichsmitteln gewährt.“ Zu bemerken ist zu diesen guten Worten nur eins: Erreicht werden kann eine solche Existenzsicherung niemals durch eine rohe Erwerbslosenunterstützung wie sie jetzt besteht. Deren Sätze sind vielfach so hoch, daß sie die Volksgesamtheit schädigen und den Arbeitseifer ertöten, es fehlt jede Heranziehung der Arbeiter zu eigenen Versicherungsbeiträgen, es fehlt fast überall die notwendige Abstufung nach Gefahren-

klassen, es fehlt eine durchgreifende Kontrolle. Eine Erwerbslosenunterstützung dieser Art ist ein Almosen, wie es auch die alte Armenpflege spendete, nur mit höheren Sätzen. Helfen kann eben nur die große Schöpfung, die Reichsarbeitslosenversicherung.

Alle bisherigen Darlegungen suchen zu zeigen, daß und wie den Arbeitslosen materiell geholfen werden kann. Nun aber lebt der Arbeiter nicht vom Brot allein, auch der geistige und sittliche Mensch muß zu seinem Rechte kommen. Der Arbeitslose, dem unverhofft so viele Freistunden zur Verfügung stehen, muß davor bewahrt werden, auf der Gasse und in der Kneipe zu liegen und sich an das Herumlungern zu gewöhnen. In einer Zeit großer, anhaltender Arbeitslosigkeit wie jetzt sollte man darauf bedacht sein, Volksheime zu schaffen, belehrende Vorträge und edle Vergnügungen anzusetzen. Von ganz besonderem Wert aber wäre es, wenn man nach englischem Muster auch in Deutschland Gelegenheit zur fachlichen Fortbildung schüfe, die den Arbeiter zu höheren beruflichen Leistungen befähigte, zumal bei den qualifizierten Arbeitern die Arbeitslosigkeit weit geringer ist als bei den ungelernten. Besonders die Jugendlichen sollten auch zwangsweise, durch Abstufung der Arbeitslosenrenten, zur Schulung in ihrem Fachgebiet in Lehrwerkstätten usw. angehalten werden. Dann würde die Zeit ungewollter Untätigkeit für manchen noch zu dauerndem Segen.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

Soeben erscheint:

Fouché

Ein Beitrag zur Technik der politischen Polizei in nachrevolutionären Perioden.

Von

Dr. **Hans von Hentig**

8. 1919. Mk. 2.—

(zuzüglich 20% Verleger- und 10% Sortimenter-Teuerungszuschlag)

Fouché war viermal französischer Polizeiminister. Mit wenigen Ausnahmen ist die Wissenschaft an ihm vorbeigegangen, doch wird sie zu ihm zurückkehren und viel bei ihm und seiner Zeit finden, viel von ihm und seiner Zeit lernen. Fouché ist mit die bemerkenswerteste Gestalt aus jener Periode der französischen Revolution, in welcher allmählich ein Rückschlag gegen alle politischen und sozialen Extreme einsetzte. Die Schrift ist von Bedeutung für unsere Zeit.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck und der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

H. U. Kantorowicz:

Rechtswissenschaft und Soziologie.

(Aus den Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.—22. Oktober 1910 in Frankfurt a. M. [S. 275—309].

Separatausgabe des am 22. Oktober daselbst gehaltenen Vortrages.

Groß 8. 1911. M. 1.—.

A. Menger:

Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen.

4. Auflage, mit der 3., verbesserten und vermehrten Auflage gleichlautend (5. Tausend.)

8. 1908. M. 3.—, gebd. M. 4.—.

Adolf Weber:

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit.

Versuch einer systematischen Darstellung mit besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse.

Groß 8. 1910. M. 12.—, gebd. M. 14.—.

---

20 % Verleger und 10 % Sortimenter-Teuerungszuschlag.

3 0112 061789779

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) und der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

Karl Bücher:

Die Sozialisierung.

Zweite, stark erweiterte Auflage.

8. 1919. M. 3.—.

Werner Sombart:

Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?

8. 1906. M. 1.50, gebd. M. 2.25.

E. Troeltsch:

Gesammelte Schriften.

Erster Band:

Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen.

Groß 8. 1912. M. 22.—.

---

20 % Verleger- und 10 % Sortimenter-Teuerungszuschlag.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.